

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 17500.—
in den Ausgabestellen 18000.—
durch Zeitungsboten 18500.—
am Postamt ... 17500.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 22500 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher
2275, 3110.

Verl.-Abt.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Frankreich in Afrika.

Während Frankreichs Kampf um die Vorherrschaft in Europa immer mehr die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkt, gehen die Bemühungen der französischen Politik, seinen Einfluß in Afrika zu steigern, verhältnismäßig wenig bemerkt vor sich. Es verlohnt sich der Mühe, die Lage der Dinge auch in diesem Erdteil einmal genauer zu betrachten.

Vor dem Kriege verteilte sich der Kolonialbesitz in Afrika auf England, Frankreich, Belgien, Deutschland und Portugal. Durch den Versailler Vertrag wurde Deutschland ausgeschaltet. Von dem ursprünglich deutschen Besitz erhielt England den Löwenanteil: 1,9 Millionen Quadratkilometer. Ihm fiel der größte Teil von Deutsch-Ostafrika zu, ganz Südwest-Afrika und Teile von Kamerun und Togo, — ein Gebiet mit rund 5 Millionen Menschen. Durch Ägypten von Ägypten zu Anfang des Krieges brachte England seinen afrikanischen Kolonialbestand auf 11,6 Millionen Quadratkilometer und 58 Millionen Menschen. Eines der Hauptziele Englands in Afrika war die unmittelbare Verbindung zwischen Ägypten und der südafrikanischen Union. Der Versailler Friedensvertrag bedeutet auch die Erreichung dieses Zieles, — zumal wenn man den ausschlaggebenden Einfluß Englands auf die portugiesischen Kolonien Mozambique und Angola berücksichtigt.

Auch Frankreich hat seine Absichten in Nordwest-Afrika und in Zentral-Afrika verwirklicht. Marokko steht jetzt vorwiegend unter französischer Herrschaft. Der östliche Teil von Togo ist an Dahomey angegliedert und zu einem verteidigungsfähigen Ausgangspunkt des französischen Sudan geworden. Durch Kamerun ründet sich französisch-Äquatorial-Afrika zum geschlossenen Gefüge vom Ozean bis zum Schafsee und Ubangi ab. Das französisch-belgische Bündnis sichert die französische Vorherrschaft im Kongogebiet.

Rein äußerlich betrachtet, scheint somit im wesentlichen ein Kräftegleichgewicht zwischen England und Frankreich erzielt zu sein. Anders liegen die Dinge, wenn man den politisch beherrschenden Einfluß betrachtet, den die beiden Kolonialmächte auf ihre Gebiete ausüben. In dieser Beziehung scheint in den letzten Jahren die französische Eingeborenepolitik mit erheblich größerem Erfolg gearbeitet zu haben als die englische. England sucht in erster Linie den Nutzen der Eingeborenarbeit in Afrika selbst. Das menschenarme Frankreich braucht den Soldaten, den Eingeborenen als heimischen Volkswach für militärische Zwecke, zieht zugleich aber in seinen Besitzungen auch in viel weitgehendem Maße, als dies je in englischen und in deutschen Kolonien der Fall war, die Eingeborenen zur Verwaltungstätigkeit heran. Im Kriege hob Frankreich rund 900 000 farbige Soldaten und Arbeiter aus, und welcher großen Anteil die französischen Kolonialtruppen nach dem Kriege an der Besetzung Westdeutschlands nahmen und noch nehmen, ist bekannt. Die Verwendung der Afrikaner im Rheinland geschah höchst wahrscheinlich nicht nur zum Zweck der Demütigung Deutschlands und weil Frankreich keinen Überfluß an Männern hat, sondern zugleich in der Absicht, den wilden Völkern zu schmeicheln. Es galt für Frankreich, das mächtig gehobene Selbstgefühl der Eingeborenen, die sich der Lage des hilfebedürftigen Frankreich wohl bewußt waren, zu befriedigen. Bei allen Gelegenheiten wurden und werden die Schwarzen als die Helden gefeiert, die Frankreich retten. In die Heimat zurückgekehrt, rühmen sie voll Stolz die Taten der *grande nation* und vermehren die Anhänglichkeit an das Mutterland. Zielbewußt wird seitens der französischen Kolonialverwaltung auf militärische Erziehung der Eingeborenen, Hebung des Unterrichts, vor allem aber auf Ausbreitung der französischen Sprache als des stärksten Bindemittels hingearbeitet. Und was in angelsächsischen Parlamenten bisher als eine Ungeheuerlichkeit angesehen wurde, ist in der französischen Deputiertenkammer Tatsache geworden: Neger sitzen dort als Vertreter ihrer Völker und als Symbol eines Kolonisationsprinzips, das den Grundsätzen der angelsächsischen Völker gänzlich entgegengeartet ist.

Die Folgen der französischen Eingeborenepolitik sind nicht zu verkennen. Loderungs- und Zersetzungserscheinungen in den englischen Kolonien, — ein zunehmender Verschmelzungs- und Konzentrationsprozeß in den französischen. Dieser Prozeß stellt sich — bis jetzt wenigstens — wirkungsvoll der afrikanischen Bewegung der Farbigen entgegen, deren Hauptmerkmale Verächtlichmachung der Weißen und wahrhaftigen Übertreibung der Leistungsfähigkeit der Schwarzen sind. Im August 1921 tagte in London, Paris und Brüssel ein Negerkongreß. 400 Delegierte nahmen an ihm teil. Das Bemerkenswerte an dieser Tagung war: während gegen alle anderen kolonialen Mutterländer mehr oder weniger große Vorwürfe erhoben wurden, wurde Frankreich ungeteilte Anerkennung ausgesprochen. Es sei das einzige Land, das seine farbigen Mitbürger in gesellschaftlicher und gesellschaftlicher Beziehung auf die gleiche Stufe stelle wie seine weißen Untertanen. Für den Schwarzen ist heute Frankreich das Musterland unter den Ländern Europas.

Mag sein, daß diese warmen Gefühle nur eine dünne Oberflächenschicht der Farbigen beherrschen und daß im Innern auch der französischen Kolonien feindliche Ablehnung der Weißen

Die Schließung des Posener Deutschbundes.

Das Dokument, durch welches der Posener Deutschbundes aufgelöst wird, hat in deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut:

Starostwo Grodzkie Posen, den 9. August 1923.

Obj. Nr. 8592/23 II Tj. (Ges.)

Gegen Zustellungsbescheid.

An den

Vorstand des Deutschbundes
zur Wahrung der Minderheitsrechte E. V.
Posen.

Auf Grund des § 2 des Vereinsgesetzes vom 19. 4. 1908 (R.-G.-Bl. 141) wird der Verein „Deutschbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte E. V. in Posen“ aufgelöst und die weitere Tätigkeit in irgend einer Form und Art verboten, weil die Tätigkeit des Vereins den Bestimmungen der § 92, 128 und 132 des Strafgesetzbuches widerspricht.

Im Falle der Zuwiderhandlung gegen obiges Verbot findet der § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. 7. 1883 (Preussisches Gesetzblatt Seite 195) Anwendung.

Gegen die obige Anordnung steht den Mitgliedern des Vorstandes das Recht der Beschwerde an den Herrn Wojewoden bzw. das Recht der Klage im Verwaltungsrechtverfahren an den Wojewodski Sad Administracyjny innerhalb vierzehn Tagen vom Tage der Zustellung dieser Verfügung an zu.

Die eventuelle Beschwerde bzw. Klage ist im hiesigen Starostwo Grodzkie niederzulegen.

Der Leiter des Starostwo Grodzkie.
L. S. (gez.) Unterschrift.

Der bisherige Vorstand des durch Anordnung des Starostwo Grodzkie am 9. August 1923 aufgelösten Deutschbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte Posen tow. zap. bittet uns mitzuteilen, daß er gegen die Auflösung Beschwerde beim Herrn Wojewoden einreichen bzw. beim Wojewodschaftsverwaltungsgericht Klage erheben wird.

Bis zur endgültigen Entscheidung ruht die Tätigkeit des Deutschbundes. Die Geschäftsstelle bleibt geschlossen.

Die Polen in Deutschland.

Das polnische Sokolium in Deutschland.

In der am 16. Juni 1923 in Bochum abgehaltenen Sitzung des Vorstandes des Sokolverbandes in Deutschland wurde nach dem im „Wiarius polski“ (Bochum, Nr. 172 vom 27. Juli) enthaltenen Bericht beschlossen, den diesjährigen Ganturtag am 12. August stattfinden zu lassen.

Der Bund der Polen in Deutschland.

(Wiederholung aus Nr. 174 des Posener Tageblattes.)

In allen Orten Deutschlands, wo Polen in einer größeren Anzahl wohnen, sind Ortsgruppen des Polenbundes ge-

gründet worden. Sämtliche polnischen Vereine einer Ortschaft sind der Ortsgruppe des Bundes unterstellt. Jedes Mitglied erhält eine Ausweisarte, mit der es sich überall zu legitimieren hat. Jedes ausreisende Mitglied hat sich an den Ortsvorsitzenden zwecks Bestätigung der Ausweisarte zu wenden. Alsdann begibt es sich zur Erlangung einer sogenannten Bescheinigung in das Bureau des Landesverbandes. Nur auf Grund der Vorlage dieser Bescheinigung wird es vom polnischen Konsulat bei der Erteilung von Sichtvermerken, Pässen usw. berücksichtigt. Wer nicht dem Polenbunde angehört, erhält keinerlei Bescheinigung für das polnische Konsulat und kann nirgends hinreisen.

Finanzminister Linde spricht im Senat.

Zu Beginn der Donnerstagsitzung des Senats sprach Senator Krzhanowski zum Gesetz über den Zwanzig-Milliardenkredit für Landwirtschaftsbeihilfen im Jahre 1923 und brachte eine Entschließung ein, in der die Regierung aufgefordert wird, vor Erschöpfung des Kredits für den Fall weiteren Bedarfs einen Gesetzentwurf einzubringen, in dem ein weiterer Kredit für die Rückwanderer in den Ostmarken gewährt werden solle, falls es die Finanzen gestatten würden. Das Gesetz wurde unverändert angenommen. Die Entschließung dagegen abgelehnt.

Senator Godlewski sprach dann über das Gesetz von den Staatsstipendien und anderen Formen der Unterstützung der akademischen Jugend. Da zahlreiche Verbesserungsvorschläge eingebracht waren, wurde die weitere Beratung über das Gesetz auf Sonnabend vertagt.

Nach einer Rede des Senators Gloger von der Christlichen Demokratie wurde das Gesetz, das die Gemeinden zur zeitweiligen Heranziehung von Schulgebäuden zu Zwecken der Volksbildung berechtigt, unverändert angenommen. Es wurde dazu eine Entschließung angenommen, die dahin geht, daß vor allem Räumlichkeiten von Staats- und Selbstverwaltungsschulen herangezogen werden und den Interessen des Privatunterrichts kein Schaden zugefügt wird. Die Frist für die Beschneidung darf nicht länger sein als ein Jahr.

Senator Buzek berichtete darauf über das Haushaltsprovisorium und bat um dessen unveränderte Annahme.

Finanzminister Linde ergriff dann das Wort zu einer Rede, in der er u. a. der Überzeugung Ausdruck verlieh, daß die Zeit eines Gleichgewichts im Haushalte nicht mehr fern sei. Die Sparmaßnahmen seien der Schlüssel der Finanzsanierung. Er wolle hier rücksichtslos Vollstrecker der Absichten der Regierung sein. Das laufende Vierteljahr müsse er als das für den Staatsschatz schwerste Vierteljahr bezeichnen. Die Regierung sei sich dessen bewußt, daß dieser Zeitabschnitt nicht minder schwer für die ganze Bevölkerung sei, die die Leuerung der Mittel ersten Bedarfs zu spüren habe.

Das Hauptmittel zur Verringerung des Banknotendrucks sei die Vereinfachung der Rechnungen und die Erweiterung des bargeldlosen Verkehrs,

sowohl in der Staats- als auch in der Privatwirtschaft. Der bargeldlose Verkehr stütze sich auf die Verallgemeinerung des Schecksystems. Die Regierung wird in der Herbstsession der Kammern einen Scheck-Gesetzentwurf einbringen. In der nächsten Zeit werden Beratungen über die Organisation der künftigen Willeitbank beginnen, deren möglichst schnelle Bildung in den Absichten der Regierung liegt. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll in der Herbstsession vorgelegt werden.

Senator Czernawski erklärte im Namen des ukrainischen und des weißrussischen Klubs, daß diese gegen das Budgetprovisorium stimmen werden.

Senator Körner unterwirft die Politik der Regierung im allgemeinen und die Finanzpolitik im besonderen einer Kritik und bemerkt zum Schluß, daß er für das Budgetprovisorium nicht stimmen könne.

Senator Krzhanowski fordert die Realisierung des letzten Punktes der Welbedere-Beratungen, nämlich die konstitutionelle Bildung eines Finanzsanierungsrates. So wie es bisher gehe, könne man nicht glauben, daß eine Besserung eintreten werde, und daß die Regierung etwas zu tun imstande wäre.

Senator Adamski konstatiert das Verdienst der Regierung, die polnische Mark von der deutschen unabhängig gemacht zu haben, wofür die letzten Kursdifferenzen ein Beweis seien.

In der Abstimmung wird das Gesetz über das Budgetprovisorium für das 3. Quartal unverändert angenommen.

Senator Adam berichtet dann über die Novelle zum Genossenschaftsgesetz. Die Abstimmung wird nach Aussprache auf Sonnabend vertagt.

Der Senatsausschuß für Finanz- und Haushaltungsfragen

nahm den Vermögenssteuergesetzentwurf in dem vom Sejm beschlossenen Wortlaute an. Im Senatsausschuß für Verwaltungsfragen wurde der Gesetzentwurf über den Tätigkeitsbereich des Agrarreformministeriums ebenfalls unverändert angenommen.

vorherricht, mag auch sein, daß eines Tages die so stark begünstigten schwarzen und braunen Kolonialfranzosen dem Mutterlande eine gefällige Rechnung für die geleisteten Dienste vorlegen werden, — die Erfolge der französischen Propaganda in Afrika können nicht übersehen werden, und Frankreichs Einfluß ist gegenwärtig dort zweifellos im Wachsen.

Die farbigen Franzosen in Deutschland.

Nach Mitteilungen des deutschen Volksbundes „Metet die Ehre“ liegen im besetzten Gebiet Deutschlands zurzeit 14 farbige Regimenter von je 1200 Mann, und zwar das 1. Regt. Nr. 18 in Gmünd, Nr. 17 in Nabel, Nr. 18 in Trier und bei Düren, Nr. 20 in Guxhagen, Nr. 23 in Wiesbaden, Nr. 25 in Kreuznach, Nr. 26 in Koblenz, Nr. 27 in Worms, Nr. 28 in Siegburg, Nr. 33 in Rottweil, Nr. 35 in Zweibrücken, Nr. 39 in Mainz, während Nr. 65 und Nr. 69 zur Bahn- und Grenzbesatzung dienen. Außerdem stehen die aus weißen und farbigen Franzosen gemischten Kolonialregimenter Nr. 1 und 7 in Koblenz, Nr. 5 und 6 in Saitingen und Umkreis. Bei diesen vier dürfte der Bestand der Farbigen wenigstens zwei Drittel der Truppen ausmachen. — Nicht nur die weißen Mann-

schaften verkehren mit ihren farbigen Kameraden völlig so, als wären diese ihresgleichen, sondern auch die französischen Offiziere leben mit den schwarzen und anamitischen Offizieren ohne jede Einschränkung im Kasino als mit Gleichstehenden. Auch die französische Zivilbevölkerung hat offenbar keine Rassenabneigung gegen die Schwarzen, denn man berichtet, daß der Mischlingsnachwuchs in Frankreich recht groß sei, ohne daß den Müttern dieser Kinder eine Schande daraus erwüchse.

Eine offizielle Rundgebung der französischen Regierung für die Farbigen.

Das französische Ministerium des Äußern veröffentlichte am 2. August folgende Rundgebung: „Ausländische Journalisten, die vergessen haben, daß sie die Gäste Frankreichs sind, und daß sie infolgedessen die Verpflichtung haben, unsere Sitten und Gebräuche zu respektieren, haben in der letzten Zeit verschiedentlich lebhaft ihren Unwillen manifestiert, wenn sich an öffentlichen Orten Farbige, die aus den französischen Kolonien stammen, an ihrer Seite niedergelassen haben. Sie sind sogar so weit gegangen, die Ausweisung derartiger Farbiger mit beleidigenden Ausdrücken zu verlangen. Wenn derartige Zwischenfälle sich erneuern sollten, dann müssen Sanktionen ergriffen werden!“

Wie liquidiert wird.

Es mehren sich die Fälle, in denen die Liquidation deutschen Vermögens, namentlich deutschen Grundbesitzes, durch Übernahme des Vermögens auf den Staat vollzogen wird. Wie dabei verfahren wird, mag ein Beispiel lehren. Es handelt sich um die kürzlich im „Monitor“ bekanntgegebene und gestern im „Posener Tageblatt“ mitgeteilte Liquidierung des Rittergutes Chwalibogowo.

Zunächst ist zu beachten, daß der Besitzer dieses Gutes, Herr von Skrbenski, Anspruch auf das polnische Bürgerrecht macht, da er im Gebiete Polnisch-Oberschlesiens geboren ist und am 10. Januar 1920 seinen Wohnsitz im polnischen Gebiete hatte. Das hat die Liquidierung seines Landbesitzes nicht verhindern können.

Das Gut ist rund 732 Hektar, also 2928 Morgen groß. Der Übernahmepreis dieses Gutes ist auf 7 130 000 000 Mkp. festgesetzt, aber bisher noch nicht ausgezahlt worden. In diesem Übernahmepreise ist das gesamte tote und lebende Inventar, alle Vorräte und überhaupt alles, was sich an landwirtschaftlichen Gegenständen auf dem Gute befindet, enthalten. Es ist also einerlei, ob der Besitzer noch vor drei Wochen eine Herde Schafe, einen Dampfbrennsatz oder andere Gegenstände, z. B. Dünger für die nächste Ernte, angeschafft hat. Sein Einwand, daß er diese Gegenstände erst nach dem 10. Januar 1920 erworben hat, wird nicht gehört. Auch Wirtschaftsgegenstände, die nach dem für die Liquidierbarkeit von Vermögen maßgebenden Stichtage erworben sind, werden liquidiert. Ausgenommen von der Liquidation ist allein das Hausinventar.

Der Wert des Gutes ist also nach einer Taxe, die vor dem 21. Juli 1923 erfolgt ist, auf etwa 9 740 000 Mkp. angenommen worden. Von diesem Preise gehen zunächst die Liquidationskosten in Höhe von 106 950 000 Mkp. ab. Dann werden die Hypotheken und sonstigen im Grundbuch eingetragenen Lasten abgezogen, wobei folgendes bemerkenswert ist: Auf dem Gute ruht eine Rente für den Staat in Höhe von 16 798,50 M. und eine zweite von 1866,50 M. Diese Renten waren im Wege des Besitzfestsetzungsverfahrens für die preussische Anleihekommmission eingetragen worden und sind dann auf den polnischen Staatsschatz umgeschrieben worden. Da sie bereits eine Reihe von Jahren bestehen, ist ein Teil von ihnen bereits durch Zuschläge zu den Jahresrenten amortisiert. Der heute noch nicht amortisierte Teil kann mit einer kurzen Kündigungsfrist abgezahlt werden. Doch hat der Staat in diesem einzelnen Punkte die darüber vom Eigentümer mit dem preussischen Staat geschlossenen Rentengutsverträge gesehlich in Abänderung der allgemein geltenden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches außer Kraft gesetzt und bestimmt, daß die Rückzahlungsbestimmungen der Rentengutsverträge bis auf weiteres nicht gelten und daß die Renten nicht zurückgezahlt werden dürfen. Die übrigen Bestimmungen der Rentengutsverträge hat er als Rechtsnachfolger des preussischen Staates als weiter geltend anerkannt. Der Abzahlungsbetrag der beiden Renten war, wenn man von der Anrechnung der inzwischen bereits getilgten Teile abieht, auf das Ende der Rente, also mit höchstens 500 000 M., im Rentengutsverträge festgesetzt worden. Diese Renten werden für das Liquidationsverfahren zu einem Wert von 1 502 088 546 M. (rund anderthalb Milliarden) angenommen und mit diesem Betrage von dem auszu zahlenden Liquidationserlös abgezogen. Es findet also eine Umbalutierung der Abzahlungsbeträge der Renten anscheinend in Gold statt. Da der Staat hierin von den von ihm erlassenen Gesetzen abweicht, nach denen es Verpflichtungen in Goldmark nicht gibt, vielmehr die polnische Mark der deutschen Gold- und Papiermark gleichgestellt ist, läßt sich diese Berechnung nur so erklären, daß der polnische Staat sich für verpflichtet hält und beabsichtigt, sämtliche Renten in Gold für den preussischen Staat auf die Reparationskosten auf Grund des Friedensvertrages zu bezahlen. Welche Rechtsfolgen sich daraus für den Liquidierten in seinem Verhältnis zu seinem ursprünglichen Gläubiger, dem preussischen Staat, ergeben, ist eine interessante Rechtsfrage, denn diesem gegenüber wäre er nie zu einer Rückzahlung in Gold verpflichtet gewesen. Daß der polnische Staat nur bei den Renten des preussischen Staates, die übrigens sich in nichts von einer Rente einer Privatperson unterscheiden, den Grund der Umbalutierung anwendet, ergibt sich daraus, daß er eine für den Spar- und Vorschubverein von Post- und Telegraphenbeamten zu Posten eingetragene Sicherungshypothek von 21 000 M. nur zum Nennwert von dem Übernahmepreis abzieht. Weiter ist die Behandlung von Sicherungshypotheken interessant, die nur für zukünftig mögliche Forderungen bestellt sind. Eine solche Hypothek ist die auf dem Gut für die Deutsche Mittelstandskasse eingetragene Sicherungshypothek. Obwohl aus dieser Hypothek, die in Form einer Höchstbetragsicherungshypothek für zukünftig mögliche Forderungen bestellt worden ist, bisher keine Forderung entstanden ist und auch nicht mehr entstehen kann, da sie nur für den Fall bestellt worden ist, daß die Mittelstandskasse aus ihrer Bürgschaft für die Rente vom Staate in Anspruch genommen wird, diese Rente ja aber jetzt mit dem Eigentum des Staates in einer Hand zusammenfällt, so hat der Staat diesen abgezogenen Betrag an niemanden zurückzahlen. Es ist also nicht ersichtlich, weshalb dieser Betrag ohne weiteres abgezogen wird. Da die Bürgschaft nur für die Person desjenigen, der den Rentengutsvertrag geschlossen hat, übernommen und infolge des Übergangs des Eigentums an den Staat gegenstandslos geworden ist, kann der Staat jetzt von der Mittelstandskasse die Löschung der Sicherungshypothek ohne Zahlung von Geld verlangen. Außerdem ist zu beachten, daß eine Sicherungshypothek, solange aus ihr keine Forderungen entstanden sind, als Eigentümergrundschuld dem Eigentümer zusteht. Auch diese Hypothek ist ohne Umbalutierung in Gold von dem Liquidationspreise abgezogen worden.

Es ist anzunehmen, daß diese Grundsätze in allen Fällen angewandt werden.

Bedenkt man, daß bisher noch nichts über die Berechnung der Staatsrenten für die Reparationskosten entschieden worden ist, so ergibt sich allein aus der Art der Anrechnung von Renten schon wieder eine besondere Vermögensfrage für den Liquidierten, deren Lösung nicht abzusehen ist.

Berichtigung.

In der gestrigen Notiz über die Liquidierung des Rittergutes Chwalibogowo wurde eine Zahl falsch angegeben. In dem Satz, der die Höhe der Entschädigungssumme behandelt, ist statt „730 Millionen“ zu lesen: 7130 Millionen.

Aus Warschau.

Die Harding-Trauerfeier in Warschau.

Am Donnerstag fand in der Kreuzkirche in Warschau ein Trauergottesdienst für den amerikanischen Präsidenten Harding statt. Dem Gottesdienst wohnten u. a. Außenminister Sedwa, der Direktor des diplomatischen Protokolls, Przesadzki, ferner die Mitglieder der amerikanischen Botschaft in corpore und die Vertreter der Regierungen der bei der polnischen Regierung akkreditierten Staaten bei.

Sir Williams bei Witos.

Witos hat am Dienstag den Marschall des Königl. großbritannischen Hofes, Generalmajor Sir John Hauburn, William in Wlubien empfangen. Wie die „Gazeta Warszawska“ meldet, hat der Marschall dem Ministerpräsidenten Witos seine Freude

über die Fortschritte, die das Land seit seinem Besuche während des Krieges gemacht hat, ausgedrückt. Er erklärte, daß er mit Genugtuung darüber König Georg berichten werde.

Ist ein Verkehrsstreik in Sicht?

Nach einer Warschauer Meldung droht für ganz Polen der Generalstreik bei der Post und bei der Eisenbahn. Veranlassung hierzu ist der Beschluß des Sejm betreffend die Dienststellung dieser Beamten, welche auf Grund des Antrages des Abgeordneten Maczynski aus der allgemeinen Beamtenschaft als sogenannte „Nichtetatmäßige“ herausgehoben worden sind. Zu diesem Zweck soll eine große Versammlung stattfinden, die einen Ausschuß zu wählen und mit der Vertretung ihrer Wünsche vor dem Senat zu beauftragen hat.

Ablehnung des Beamtenbefolgungsgesetzes.

In seiner letzten Sitzung befaßte sich der Finanzbudgetausschuß des Senats mit dem Gesetz über die Befolgung der Beamten und des Ruhegehalts. Nach eingehender Beratung kam er zu dem Entschluß, beide Gesetze abzulehnen, dagegen Verbesserungsanträge zu stellen. Da die Gesetzesvorlage die Möglichkeit eines außerordentlichen Steigens der Teuerung nicht berücksichtigt, stellte Senator Burek den Antrag, die Erhöhung automatisch im Verhältnis zur Zunahme der Teuerung auf Grund der Berechnungen des statistischen Amtes erfolgen zu lassen.

Zusammenschluß zweier Sejmfractionen.

Die Skulski-Gruppe (N. J. S.) hat sich der Piastenspartei angeschlossen und Vertreter in den Vorstand dieser Partei entsandt.

Der neue Lemberger Metropolit.

Die „Gazeta Warszawska“ meldet, daß der Papst den bisherigen Suffraganbischof Lwowowski zum Lemberger Metropolit ernannt hat. Die Angelegenheit der Bildung eines Larnopoler Bistums hat die Kurie nach der „Gazeta Warszawska“ positiv entschieden.

Die deutsche Mark wird zur Zeit nicht gekauft.

Der „Przeglad Wlczarny“ erzählt, daß die Zweigstellen der polnischen Landesbankkassen wegen des katastrophalen Sturzes der deutschen Mark den Einkauf von deutscher Valuta ganz eingestellt haben. Die einzige Ausnahme bilden Transaktionen, die sich aus der Liquidation früherer Valutaverpflichtungen aus dem Titel des Warenverkehrs nach Deutschland ergeben.

Die Sommerferien des Senats.

Die Sonnabend-Sitzung des Senats wird vermutlich die letzte Sitzung der gegenwärtigen Senatssession sein. Falls sich noch eine Sitzung als notwendig erweist, dann wird die Schlußsitzung am Montag stattfinden. Es tritt dann eine Ferienpause ein, die bis zur zweiten Hälfte des Septembers dauern wird. Die Senatsausschüsse sollen dann am 20. September zusammenreten und die Senatsberatungen am 22. September beginnen.

Aus der polnischen Presse.

Die Nationaldemokraten und die Baltischen Staaten.

In seinem Vortragsartikel vom 17. Juli erklärte der „Robotnik“, die Nationaldemokraten hätten nie große Sympathien für die baltischen Staaten gehabt, die ihnen zu „klein“ waren für ihren großstädtischen Wahn und zu unbedeutend für ihre rassenfreundliche Orientierung. Daher sieht man auch Litauen ab, um zu versichern zu geben, daß Polen das Bündnis mit den baltischen Staaten nur als vorübergehendes ansehe. Diese litauische Rede, durch die ein Zusammengehen Polens mit den baltischen Staaten unmöglich ist, bedeutet für die Nationaldemokraten das Festschreiben, durch welches sie nach einem künftigen Ausbruch ausfahren. Die Nationaldemokraten träumen von einer Eroberung Ostpreußens, eine Verständigung mit Litauen ist für sie „ein kindliches Geschwätz“, wie die „Gazeta Warszawska“ feststellt.

Mit der traurigen Lage der Hafenarbeiter in Gdingen

Beschäftigt sich in einem längeren Aufsatz der „Dziennik Gdanski“. Er sagt: Mit großem Pomp habe man die Grundsteinlegung des neuen Bahnhofs für den polnischen Hafen gefeiert, wobei sogar der Staatspräsident anwesend war, aber bei dem einen Stein sei es bis jetzt auch geblieben. 100 000 Arbeiter sollten beschäftigt werden, und kaum 100 werden beschäftigt. Woher soll noch Schule gibt es bis jetzt. „Dziennik Gdanski“ stellt traurig fest: Es wird nicht lange dauern, so werden die Meereswellen das wegnehmen, was im Wasser eingebaut ist, und den Rest wird der Gdinger Sand verschütten.

Der Ton ist, der die Musik macht.

Der „Goniec Slaski“ behandelt im Vortrags seiner Nr. 179 die Lage der polnischen Arbeiter, die auf der deutschen Seite Oberschlesiens beschäftigt sind. Er tut das in folgender kennzeichnender Weise:

„Die ständische Angelegenheit des Austausch polnischer Arbeiter, die auf der deutschen Seite Oberschlesiens beschäftigt sind und infolge der erschreckend niedrigen Löhne in größter Not leben, war wiederum Gegenstand der Beratungen beim Präsidenten der Gemischten Kommission. Wie die früheren, so war auch diese Konferenz infolge des unversöhnlichen Widerstandes des deutschen Vertreters fruchtlos. So oft auch der polnische Vertreter praktische Anträge zur Liquidierung der Notlage dieser Arbeiter einbrachte, so oft hat der deutsche Vertreter diese Anträge abgelehnt. Man gewinnt den Eindruck, daß die Deutschen aus Synismus und Unberücksichtigung diese Sache verschleppen, und daß die Gemischte Kommission, die so eifrig um die Politik bemüht ist und sogar Polen gegenüber auf dem Gebiete der nationalen Minderheiten unerschütterliche Forderungen stellt, die Angelegenheit dieser Arbeiter mit Gleichgültigkeit behandelt. Gleichwohl bezieht sich der Genser Vertrag nicht nur auf kulturelle Angelegenheiten, sondern auch auf wirtschaftliche. Dennoch nimmt die Gemischte Kommission die höchsten und wichtigsten Erklärungen des deutschen Vertreters als bare Münze an, und man muß annehmen, daß es dieser „gerechten“ Gemischten Kommission ähnlich wie den Deutschen nicht an einer Verurteilung alles dessen gelegen ist, was den polnischen Arbeitern Schmerzen bereitet und ihre Notlage hervorruft. Der deutsche Vertreter erklärt, daß es den Arbeitern aus der Wojewodschaft, die auf der deutschen Seite schimmere als Bettlerlöhne erhalten, gestattet (was für eine preussische Gnade!) sei, aus dem Oppolner Schiefen Lebensmittel nach Polnisch-Schlesien mit sich zu führen. Eine solche Gnade“ wäre vor einem Jahre am Platze gewesen, als auf der deutschen Seite nicht eine solche Teuerung war, wie auf der polnischen Seite. Gegenwärtig sind die Lebensmittel im Oppolner Schiefen bedeutend teurer als in Polnisch-Schlesien, unser Arbeiter verdient auf der deutschen Seite beträchtlich weniger als auf der polnischen Seite, und trotzdem erlaubt sich der Deutsche eine solche Frechheit, die die Gemischte Kommission tadeln müßte, wenn sie Verständnis für die Interessen und realen Verhältnisse hätte, was sie aber dennoch nicht getan hat.

Wenn die Gemischte Kommission zur Erledigung dieser Art von Fragen nicht geeignet ist, so muß ihre Abberufung beim Völkerbunde verlangt und eine andere Person zum Präsidenten ernannt werden.“

Baltischen Staaten.

Aus Finnland.

Die sozialdemokratische Fraktion des finnischen Reichstages erklärte anlässlich der Verhaftung der kommunistischen Parlamentarier, daß die Einberufung des Reichstages mit der Begründung, daß die Immunität der Abgeordneten angegriffen sei. Der Reichstagspräsident schlug die Wille ab.

Der finnländischen Regierung ist, wie „Ostpreß“ meldet, das Projekt einer finnländischen Generalstab-Akademie vorgelegt worden.

Das neue Kabinett in Estland.

Aus Reval wird gemeldet: Das neue Kabinett, dem bereits seitens des Parlaments das Vertrauen ausgesprochen wurde, stellt sich folgendermaßen dar: Kabinettsvorsitzender und zugleich Staatschef: Piats, Finanzen: Westel, Inneres: Einbund, Äußeres: Afel, Unterricht: Weidemann, Verkehr: Isberg, Handel und Industrie: Ostfeld, Landwirtschaft: Keren, Arbeit und soziale Fürsorge: Amberg, Krieg: Anderlop. Das Justizministerium ist vorläufig noch unbefest. Der frühere estnische Gesandte in Warschau und bisherige Außenminister Pellad lehnte die Annahme des Portefeuilles des Justizministeriums im neuen Kabinett ab und wird zum Mitgliede des Obersten Gerichtshofes ernannt werden.

Eine Erklärung der deutschbaltischen Fraktion im estnischen Parlament.

Bei der Aussprache über das Programm der neuen Regierung wurde im estnischen Parlament seitens des Abg. M. Luther im Namen der deutschbaltischen Fraktion eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt:

„Die deutschbaltische Fraktion erkennt die Absicht der Regierung an, ihre Tätigkeit zu einer ausgiebigen staatsverhaltenden und aufbauenden Arbeit auszugestalten, und will sie darin unterstützen.“

Über die für unsere Völkerschaft so lebensnotwendige Frage der Kulturautonomie enthält das Arbeitsprogramm der Regierung einen knappgefaßten Punkt. Die Zusammenziehung der neuen Regierung läßt uns jedoch hoffen, daß die Regelung dieser Frage von ihr als erste und dringliche Aufgabe aufgestellt und nach den uns in der Verfassung zugesagten Grundsätzen erfolgen wird. Unsere Fraktion ist sich dessen bewußt, daß den Minderheitsvölkern ihre nationale Existenz nur durch eigene Organisation und Verwaltung ihrer Kulturbürfnisse gesichert werden kann, und daß eine glückliche Lösung der Minderheitenfrage für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zum Wohle des Staates von größter Bedeutung ist.“

Gründung einer litauischen Agrarbank.

Wie das „Memeler Dampfboot“ erzählt, ist der Entwurf zur Begründung einer litauischen Agrarbank fertig gestellt und wird in nächster Zeit das Ministerkabinett und dann den Kownoer Sejm beschäftigen. Das Stammkapital der Bank soll 50 Millionen Lit betragen und lediglich aus Staatsmitteln ohne Hinzuziehung des Privatkapitals aufgebracht werden. Die hierzu erforderlichen Mittel soll der Staat aus den Einkünften entnehmen, die ihm aus dem Verkauf staatlichen Eigentums (Wald, Güter, Inventar usw.) zufließen. Der Zweck der Bankgründung ist Entwidlung und Kräftigung der litauischen Landwirtschaft, die augenblicklich besonders schwer unter dem Mangel an Kredit leidet.

Die Beziehungen zwischen Litauen und Letten.

Aus Litauen sind etwa 40 Damen und Herren, die zu meist der Lituanischen Lituanischen Vereinigung angehören, dieser Tage als Gäste in Riga eingetroffen. Die Stadtverwaltung veranstaltete zu ihren Ehren ein Festessen, auf dem hergliche Trinksprüche gereicht wurden. In allen Ansprachen wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Beziehungen zwischen den beiden blutsverwandten Nachbarstaaten sich immer enger gestalten möchten.

Die Memelland-Bahnen unter Kownoer Verwaltung.

Völlig überraschend wurde am Dienstag mittag der Bevollmächtigte der deutschen Reichsbahnverwaltung in Memel von der memelländischen Regierung durch Depesche verständigt, daß ab 1 Uhr sämtliche Eisenbahnen im Memelgebiet unter der Kownoer Eisenbahnverwaltung stehen. Die Litauer haben also ohne vorherige Vereinbarung mit den deutschen Dienststellen die Bahn „übernommen“. Zurzeit ist der Bahnverkehr über die deutsche Grenze von litauischer Seite gesperrt. Auch von der Königsberger Reichsbahndirektion erfahren wir, daß der Eisenbahnverkehr von Litau nach Pogenen unterbrochen ist. Nähere authentische Mitteilungen bleiben abzuwarten. Das neue litauische Vorgehen kommt insofern nicht überraschend, als es ja nur eine Folgeresultat der litauischen Forderung des Memellandes ist, die sich ähnlich „formlos“ vollzog. Außerdem hat bei den schwebenden Pariser Memel-Verhandlungen die litauische Vertretung sich auf Forderungen berufen können, die ihr aus dem Memelland von großlitauischer Seite zu diesem Zweck zugetragen wurden und ausdrücklich verlangten, daß Kowno am 8. August — das Datum wurde pünktlich innegehalten — in Besitz der Bahnen sein müsse.

Eine Memelmeldung der „Königsb. Post. Ztg.“ von Mittwoch lautet:

Gestern nachmittag haben die Litauer die Bäume aus Memel nach Litau nur bis Pogenen gehen lassen und alsdann die Grenze gesperrt. Der Zugverkehr zwischen Pogenen und Litau ist unterbrochen. Eine ganze Anzahl Güterzüge, Personenzüge und auch zwei D-Züge befinden sich im Memelgebiet. Es sind zurzeit Verhandlungen eingeleitet, die darauf abzielen, den Zugverkehr von Memel nach Pogenen so zu regeln, daß die Reisenden von Pogenen aus die Kleinbahn oder irgend eine andere Fahrgelegenheit benutzen können, um den Anschluß in Litau zu erreichen. Die beiden D-Züge verkehren nicht.

Galvanuskas über die Memel-Verhandlungen.

Ministerpräsident Galvanuskas erklärte, daß die litauische Delegation zwar in Paris in vielen Einzelfragen eine Einigung erzielt habe, daß jedoch in der Frage der Begründung eines Wirtschaftsrates bei der Hafenverwaltung, ferner über die Transitbedingungen und über das Recht der Ausländer, Immobilien im Memelgebiet zu erwerben, keine Verständigung zustande gekommen sei. Sehr störend auf den Gang der Verhandlungen hätten die Forderungen Polens eingewirkt, das sich Frankreich als Sprachrohr und Vertreter seiner Interessen bedient hätte. Am 5. oder 6. August habe die Völkerverkonferenz, der an letzter Stelle die Entscheidung über die kritischen Fragen zustehe, dem Vertreter Litauens in Paris über ihren Standpunkt Mitteilung gemacht. Galvanuskas glaubt, hoffen zu dürfen, daß die Völkerverkonferenz den verständlichen Geist, von dem die litauischen Vorschläge getragen seien, zu würdigen wissen und nicht den Wünschen Polens zu dienen bestrebt sein wird.

Amerikanischer Flottenbesuch in Memel.

Am 2. August hat der Konful der Vereinigten Staaten in Kowno offiziell dem Ministerium des Auswärtigen um die Genehmigung zum Besuch des amerikanischen Kreuzers „Pittsburg“ im Memeler Hafen nachgesucht. Das Ministerium des Auswärtigen hat seiner Freude über den Besuch Ausdruck verliehen. In litauischen politischen Kreisen erblickt man in diesem Schritt der amerikanischen Regierung einen Beweis dafür, daß die amerikanische Regierung die Souveränitätsrechte Litauens auf Memel und den Memeler Hafen anerkennt.

Die Rede des deutschen Reichskanzlers.

Am Mittwoch, dem 8. August, ergriff im Deutschen Reichstag der Reichskanzler Dr. Cuno das Wort, um seine vorher angekündigte Programmrede zu halten. Bei Beginn der Rede und auch noch mehrfach in ihrem Verlauf wurde Cuno durch heftigen Lärm und andauernde beleidigende Zwischenrufe der Kommunisten unterbrochen, denen die übrigen Parteien scharf entgegenzutreten. Am Anfang seiner Rede bespricht der Reichskanzler die jetzt schon 7 Monate fortdauernde Gewaltherrschaft im Ruhrgebiet. Frankreich habe jetzt bekannt, daß der wahre Zweck der Besetzung sei, Deutschland durch Störung seiner politischen und wirtschaftlichen Ordnung Ungelegenheiten zu bereiten. Zu großen Hoffnungen auf England liegt bei Deutschland kein Anlaß vor. Unmittelbare Verhandlungen mit Frankreich sind auch unmöglich, denn eine Kapitulation hätte zur Folge, daß die Franzosen an Stelle des Versailler Vertrages ein weit schlimmeres Schriftstück aufsetzen würden, das dann von Deutschland unterzeichnet werden müßte, um den Vernichtungsprozeß im Namen der „Gerechtigkeit“ und in wohlstandstündigen Formen zu vollziehen. Dann spricht der Reichskanzler über die Wirtschaftskrise und die Notwendigkeit der neuen Steuererlässe. Er appelliert an die Landwirtschaft, die glücklicher als andere Schichten des deutschen Mittelstandes dastehen und sich in harter Arbeit ihre Werte erhalten habe. Im Hinblick darauf möge die Landwirtschaft in dieser schwierigen Zeit nicht nur in der Arbeit, sondern auch in der Lieferung ihre Pflicht erfüllen. Er fordert die Arbeitgeber aller Berufe auf, der Entwertung des Geldes rasch und wirksam in den Löhnen und Gehältern Ausgleich zu bieten. Die Regierung sei auf dem Posten und werde gegen Unruhen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit aller Kraft vorgehen und zeigen, daß die deutsche Republik stark genug ist, um sich zu schützen. Er, der Reichskanzler, werde bis zum letzten Tage seiner Kraft dienen, wenn die Vertreter des Volkes ihm ihr Vertrauen geben, aber nicht einen Tag länger. In der Debatte über die Rede möge Klarheit geschaffen werden, wie es mit diesen Verträgen stehe.

Nach Cuno sprach der Finanzminister Dr. Herms über die Finanzverhältnisse des Reiches, dessen schwebende Schuld sich von 11,6 Billionen am 1. Januar auf 69,6 Billionen am 4. August vermehrt habe. Dieses habe seinen Grund in den unerhörten Eingriffen und Gewalttaten im Westen des Reiches. Sodann verbreitete sich der Minister über die neuen Steuern. Die Aussprache über die Regierungserklärung wird auf Donnerstag, den 9. August, verlagert.

Aus der Rede des Reichskanzlers seien noch einige besonders beachtenswerte Abschnitte angeführt.

Die französische Gewaltherrschaft im Ruhrgebiet.

In wenigen Tagen, so begann der Reichskanzler, vollendet sich der siebente Monat seit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet. Dies ist der schlimmste denkbare Anschlag und Frevel gegen Freiheit und Staatlichkeit des deutschen Freistaates. Ich habe nicht nötig, in einzelnen Bildern zu zeigen, was dort geschieht. Sie alle kennen die Fälle von Vergewaltigungen und Bedrückungen, Grausamkeiten und Bestrafungen, der die deutschen Menschen dort ausgefetzt sind, und ich glaube, auch die Welt, soweit sie menschlich empfindet, kennt dies Bild von Gewaltherrschaft und Grauel. Mehr als 100 Tote, 10 Todesurteile, Freiheitsstrafen über 1200 Jahre, ein halbes Duzend lebenslängliche Verurteilungen, Geiselnhaftungen, Bankraub von 350 Millionen, dazu Raub von Staatsgeld, die Vertreibung von 110 000 Personen aus Haus und Hof, die Ausweisung von 95 000 Personen allein aus der Reichsverkehrsverwaltung, die Ausweisung von 15 000 Männern mit 37 000 Familienangehörigen, Verbrechen aller Art bezeichnen den Weg, den die französisch-belgische Ingenieurkommission mit der Schutzmacht ihrer Truppen bei ihrer freibildigen Arbeit gegangen ist. Und was hat Frankreich dafür gewonnen? Entzweiung und innere Empörung, Verachtung der Einwohner und aller wahren Deutschen. Um ein „produktives Land“ zu bekommen, und sich die nach dem Vertrage von Versailles fälligen Lieferungen von Kohle und Roheisen unabhängig vom Willen Deutschlands zu sichern, zu diesem Zweck behauptete die französische Regierung am 11. Januar, das Ruhrgebiet sei besetzt. Aber in den 7 Monaten vom Januar bis Juli 1923 brachte der Raub an Kohle und Roheisen Frankreich und Belgien weniger als ein Fünftel dessen, was freie deutsche Arbeit geliefert hätte. Und Frankreich kann nicht hoffen, zu besseren Ziffern zu kommen, denn Arbeiter und Unternehmer

wissen, daß ihr Schicksal mit dem des Vaterlandes verbunden ist. Bereit, als Freie sofort die Arbeit wieder aufzunehmen, lehnen wir es ab, solange die Unfreiheit dauert, unter Bajonetten und Revolvern, zum Nutzen des Unterdrückers zu arbeiten. Daran wird auch die neueste und brutalste Maßnahme, die Gruben unter eigene Regie zu nehmen, nichts ändern.

Kein Grund zu besonderen Hoffnungen auf England

In dem Augenblick, wo neue englische Veröffentlichungen beforchten und Meldungen über einen angeblich geplanten neuen englischen Schritt umlaufen, wäre es zwecklos und gefährlich, sich über Einzelheiten der bisherigen englischen Aktion zu verbreiten oder Kombinationen für die Zukunft anzustellen. Fest steht eins, daß für große Hoffnungen kein Anlaß vorliegt (Sehr richtig! in der Mitte), aber so sehr wir uns von Illusionen frei wissen, so kann uns doch der Glaube nicht genommen werden, daß die wirtschaftliche Vernunft und der Sinn für Gerechtigkeit sich schließlich auch im Ausland durchsetzen werden. Von der politischen Erkenntnis bis zur politischen Tat ist ein weiter Weg, und niemand wird es uns verübeln, wenn uns die Langsamkeit, mit der dieser Weg gegangen wird, mit Sorge erfüllt. (Sehr wahr! rechts.) Auch heute noch müssen wir uns auf eine lange Dauer der Leidenszeit gefaßt machen und einrichten. Nichts liegt mir ferner, als den guten Glauben an Wunder zu predigen. Wir dürfen nicht an Wunder, sondern müssen an uns selbst glauben (Sehr wahr! in der Mitte), und wir müssen diesen Glauben nicht durch fatalistische Ergebung, sondern in entschlossenem Handeln betätigen. (Bravos! rechts.)

Frankreich will für Deutschland ein zweites schlimmeres Versailles.

Das Ruhrgebiet soll, wie Poincaré sagt, erst frei werden, nachdem der letzte Pfennig unmöglicher Leistungen abgetragen ist. Eine Änderung des Charakters der Besetzung soll eintreten, wenn und insofern es dem militärischen Oberbefehlshaber gut dünkt. Die Entwertung des Rheinlandes soll andauern. Wir sollen Zahlungen leisten, die an sich unmöglich sind, während uns das wichtigste Instrument zur Erarbeitung der Werte, das Ruhrgebiet, genommen bleibt. Wir sollen, unerachtet dieser unmöglichen Zahlungen, so sagt die französische Antwort auf den englischen Vorschlag, unseren Kredit wiederherstellen, unsere Währung stabilisieren, unser Budget ins Gleichgewicht bringen, während Frankreich behauptet und erklärt, daß mit der Ruhraktion dafür gesorgt hat, daß Deutschlands gesamte wirtschaftliche und politische Organisation in Verwirrung und aus den Fugen gebracht ist. (Sehr wahr!) Dieser Prozeß der Vernichtung, dem die Welt wie gelähmt aufsteht, soll sich „im Namen der Gerechtigkeit“ und in „wohlstandstündigen“ Formen vollziehen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Dazu braucht Frankreich eine neue Unterschrift, die Deutschland als neuen Akt am Rhein durch die Jahrzehnte mit sich schleppen soll. Mit Recht wird an die Reichsregierung die Mahnung gerichtet, sich keinen Illusionen hinzugeben. Neben uns und darum auch darüber keinen Illusionen hin, daß eine Unterwerfung unter den unbarmherzigen Sternsinn der französischen Regierung mit einem Dokument besiegelt werden würde, das mit peinlicher Gewissenhaftigkeit und ausgeklügeltem Abwägen alles zusammenträgt und nachholt, was nach französischer Auffassung der Vertrag von Versailles versäumt hat (Sehr wahr!), einem Dokument, das schliemmer sein würde als jener Vertrag, der wie ein Fluch auf den Völkern Europas lastet. (Sehr wahr! in der Mitte und rechts.)

Mahnung zur inneren Einigkeit.

Die Regierung ist auf dem Posten und wird gegen Unruhen (Bravo der äußersten Linken), von welcher Seite sie kommen mögen, mit aller Kraft vorgehen. So verbrecherisch die Anzettlung des Bürgerkrieges ist, so schädlich ist auch das Gerede vom Bürgerkrieg, selbst wenn es aus echter Sorge entspringt. Wer da glaubt, in dieser Zeit die sogenannte innere Auseinandersetzung bis zum Kampfe betreiben zu müssen, oder dem Vaterland mit Geheimbündelei, mit Verdrächtigung und Verunglimpfung anderer zu dienen, der bereist eine politische Unfähigkeit, die ihm auch in den Augen derer, die in Verdrächtigung schwer den Anschluß an den heutigen Staat finden können, den Anspruch auf Führung nehmen sollte. Vaterländische Gesinnung ist jetzt weniger als je eine Sache der Entzweiung, sondern der Einigung. (Sehr wahr! in der Mitte.) Es ist ein alter, im deutschen Volk viel zu wenig beachteter Grundsatz, daß die Innenpolitik sich der Außenpolitik unterordnen muß. (Sehr wahr!) Diese Außenpolitik, wie sie im Einklang mit der Bevölkerung am Rhein und Ruhr geführt wird, hat die notwendige Voraussetzung, daß die innere Einheit unseres Volkes sich nicht zerfallen werde. Parteibildung und Parteistille haben ihre innere Berechtigung nur insofern, als sie Mittel und Werkzeuge sind zum Dienst an der Nation. Die Einheit der Nation zu erhalten ist unsere erste Aufgabe. Darum dienen wir der Republik. Und wir können es freudig und stolz tun. Denn ein Staat und ein Volk, die den Kampf um die Freiheit so führen wie das deutsche Volk, seit nunmehr sieben Monaten, sind trotz aller Schmarotzer und Schädlinge, der Ehre würdig im Inland und Ausland.“

Die Grenze der englischen Zugeständnisse erreicht?

Wie die englischen Blätter melden, berieten Premierminister Baldwin und Lord Curzon gemeinsam über die politische Lage. Später hatten sie Besprechungen mit anderen Ministern. Der diplomatische Korrespondent des liberalen „Star“ schreibt: Es sei keine Rede davon, daß die Regierung der extremen konservativen Gruppe den Unentwegten nachgeben werde, deren Ansicht sei, daß Großbritannien in der Ruhrfrage gemeinsam mit Frankreich und Belgien die bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes von Deutschland verlangen soll. Die Empfindung werde nicht nur in den maßgebenden Kreisen, sondern auch im ganzen Lande immer allgemeiner, daß die Grenze der englischen Zugeständnisse an die französische Haltung erreicht sei. Es sei unmöglich noch weiter zu gehen.

Intervention Belgiens?

Eine Exchange-Meldung aus Brüssel besagt, das Kabinett habe die interalliierten Beziehungen erwogen; es verlautet, daß es beschlossen habe, zu intervenieren, falls eine Verzögerung in der Wiederaufnahme der französisch-englischen Verhandlungen eintreten sollte. Es sei angeregt worden, daß Frankreich und Belgien sich mit einer Wegnahme des materiellen Schadens — Belgien mit 5 Milliarden — zufrieden geben sollten, während England auf die interalliierten Schulden verzichten und sich mit der Bezahlung seiner Schulden an Amerika durch Deutschland begnügen solle. Es scheint, daß Belgien, wenn es auf Grund der Besprechungen mit London und Paris den Augenblick für günstig halte, die Initiative ergreifen werde, um eine interalliierte Konferenz einzuberufen, um eine endgültige Regelung herbeizuführen.

Frankreich rüstet zur See.

Der französische Kriegsminister hielt heute auf einem Ban-

zusammentritt des Parlamentes einen Gesandtenruf über den Ausbau der Hochseeflotte einbringen werde. Wenn der Plan angenommen werde, werde man im Rahmen des Bauprogramms, für das zwanzig Jahre vorgesehen seien, die für die französische Politik erforderliche Flotte schaffen können.

Der Druß der französischen Gewaltherrschaft

„Wieder eine Sanktion.“

Wie das Bürgermeisterrat Ludwigs-Hafen mitteilt, verbietet die interalliierte Rheinlandkommission wegen des Attentats auf die Besatzungstruppen zu Düsseldorf allen Personen deutscher Nationalität den Verkehr bei Tag und Nacht zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet auf die Dauer von acht Tagen. Das Verbot tritt in der Nacht auf den 9. August um Mitternacht in Kraft.

Kein Zusammenwirken mit den Franzosen.

Nachrichten französischer Zeitungen zufolge sollen im Ruhrgebiet von französischer Seite Klüden für deutsche Kinder eingerichtet sein, bei deren Verköstigung angeblich deutsche Behörden mitwirkten. Demgegenüber ist festzustellen, daß in Essen keine einzige Behörde bei diesen Speisungen mitwirkte und auch von auswärtigen derartigen Fälle nicht bekannt geworden sind.

Allgemeiner Protest gegen die Sabotageversuche.

Am 7. August wurde, wie das „Vorl. Tagebl.“ meldet, im Weizen eines deutschen Polizeibeamten der Fund, der am Tage vorher in Essen von einer deutschen Zivilperson (nicht französischen Soldaten) gemacht worden war, festgestellt. Es stellte sich heraus, daß es sich um einen Fund handelt, der keine große Gefahr für das Gebäude bilden konnte. Nur durch die französischen Zeitungen ist hier bekannt, daß zu gleicher Zeit, zu der die Attentatsversuche in Essen gemacht wurden, zwei Bomben in Dortmund gefunden worden sind. Es kann wirklich von außerordentlichem Glück gesprochen werden, daß keine dieser gefährlichen Bomben zur Explosion gekommen ist. Die Ruhr-Prese bringt heute Proteste gegen die Urheber. Die

sofortigen und energisch erfolgten Erklärungen der Reichsregierung werden hier lebhaft begrüßt. Es wäre eigentlich zu erwarten gewesen, daß diejenigen Elemente, die die Sabotageakte für erlaubt und nützlich halten, sich durch die Folgen, die zum Beispiel die Sprengung der Duisburger Brücke gehabt hat, belehren lassen müßten. Die unglückliche Bevölkerung von Duisburg hat während der heißen Sommermonate von abends 8 Uhr an in ihren Häusern bei geschlossenen Fenstern zubringen müssen. Durch die Fußwerksperre hat sie außerordentliche Schäden erlitten. Es ist dies nur ein Beispiel dafür, welche Folgen für Essen und Dortmund das vollständige oder teilweise Gelingen dieser verbrecherischen Unternehmen gehabt hätte.

Lohnraub.

Als gestern nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr Boten der Badischen Anilin- und Sodafabrik mit Lohngeeldern unterwegs waren, wurden sie, wie die „Frankf. Ztg.“ aus Mannheim meldet, auf der Rheinbrücke von den Franzosen festgehalten und ihnen das Geld in Höhe von drei Millionen geraubt.

Stillelegung der Kruppwerke.

Die Kruppwerke sind durch die am Sonnabend von den Franzosen vorgenommene Zerstörung der Anschlußgleise zur Zeche „Amalie“ von der Kohlenversorgung abgeschnitten. Infolgedessen waren die Werke bereits abends ohne Kraftstrom und Dampfdruck, so daß die meisten Betriebe stillgelegt.

Man plant sogar die Beschießung Essens.

Schon vor Wochen war von Paris aus das französische Oberkommando an der Ruhr angewiesen, durch drakonische Maßregeln den deutschen Widerstand zu brechen. Um einen Vorwand für diese zu schaffen, arrangierten, wie man aus gewissen Gründen annehmen muß, die Franzosen in der Nacht zum 30. Juni die Sprengung der Duisburger Brücke, der darauf pünktlich die Proklamierung der Sperre am 1. Juli folgte. Nachdem nun auch diese ihren Zweck — die Ausrufung der „Rheinischen Republik“ — nicht erfüllt hat, sollen jetzt, wie von zuverlässiger Seite berichtet wird, weitere „entscheidende“ Schläge folgen. Als Anstatt war die aller Wahrscheinlichkeit nach von französischer Seite veranlaßte Niederlegung von Bomben im Polizeipräsidium sowie im Kohlenfondat von Essen gedacht, ferner das Sprengattentat am Bahnhof Essen-West, nachdem das Düsseldorf Attentat schon vorher zu dem gleichen Zweck ins Werk gesetzt war.

Als „Sanktionen“ sind Gewaltakte geplant, die Leid und Leben der Essener Bevölkerung unmittelbar bedrohen und die den Widerstand des Ruhrgebietes gerade in seinem Mittelpunkt mit einem Schläge brechen sollen. Dem Vernehmen nach soll es sich um Massenfestsetzung von Geiseln und „strafweise“ Beschießung einzelner Teile der Stadt Essen handeln.

Neben diesen gegen Essen im besonderen gerichteten Plänen ist noch eine andere furchtbare bekanntgewordene Ansicht des französischen Kommandos von Bedeutung, nämlich die der plötzlichen Beschießung der gesamten im besetzten Gebiet vorhandenen Markbestände, die dann insgesamt auf den internationalen Markt geworfen werden sollen, um so der durch die bisherigen Milliardenbeträge der Franzosen ohnehin schon schwer getroffenen Markt den Todesstoß zu geben.

Sowjetrußland.

Strafrecht und Justiz in Sowjetrußland.

In dem soeben erschienenen Band 44 der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft behandelt Dr. Leo Jaitzen „Das neue Strafrecht in Sowjetrußland“. Während die Sowjetgesetzgebung bis zum Jahre 1922 auf dem Gebiete des Strafrechts sehr dürftig und der Richter im Grunde auf seine „revolutionäre Überzeugung“ als einzige Gesetzesquelle angewiesen war, hat das Jahr 1922 in der Strafprozedur vom 25. Juni, dem Gesetz über die Staatsanwaltschaft vom 28. Mai, dem Gesetz über die Rechtsanwaltschaft vom 28. Mai und dem Strafgesetzbuch vom 1. Juni eine Art Kodifikation gebracht. Jaitzen entwickelt in klarer, anschaulicher Darstellung ein systematisches Bild des rechtlichen Zustandes, der jetzt, wenigstens theoretisch, in Sowjetrußland herrscht. Das Ergebnis ist: abgesehen von vielen technischen Mängeln geben die ausgesprochenen Klassenmäßige oder parteimäßige Besetzung der richterlichen Ämter, die Aufhebbarkeit der Urteile durch die obersten Instanzen, ferner zahllose Kautschbestimmungen namentlich für politische Delikte und eine mit unglaublicher Grausamkeit durch das ganze Strafgesetzbuch ausgebreitete Todesstrafe den Gesamteindruck eines Zustandes, der nicht revolutionär, sondern reaktionär ist, in eine längst überwundene Kulturperiode zurückführt und den Begriff des Rechtsstaates vollkommen verneint.

Eine furchtbare Explosion in Kronstadt.

Wie die Petersburger Blätter jetzt erst melden, hat kürzlich in der Kronstädter Festung eine furchtbare Explosion stattgefunden. Ein Fort wurde gänzlich zerstört. Die Stärke der Explosion war so groß, daß in der Stadt bei vielen Häusern die Fenster zertrümmert wurden.

Der Explosion sind Hunderte Soldaten zum Opfer gefallen. Ein durch die Explosion verursachter großer Brand forderte ebenfalls viele Menschenleben.

Deutsches Reich.

Justizminister Dr. Heineke verunglückt. Mittwoch nachmittag gegen 1 Uhr stieß an der Ecke der Friedrich- und Wobrenstraße in Berlin das Auto des Justizministers Dr. Heineke mit einem anderen Kraftwagen zusammen. Das Auto des Ministers wurde stark beschädigt. Dr. Heineke erlitt mehrere Schnittwunden im Gesicht und an den Händen und mußte sich zur nächsten Rettungsstelle begeben, wo er verbunden wurde. Der Minister konnte dann seine Wohnung aufsuchen.

Die Beendigung des Hochseefischereistreits. Der Streik in der deutschen Hochseefischerei, der seit nahezu zehn Wochen sämtliche deutschen Fischdampfer zum Stilllegen zwang und die Bevölkerung von allen direkten Seefischlieferungen abschnitt, ist nach erneuten Verhandlungen mit dem Reichsregierungsministerium zum Abschluß gebracht worden. Voraussichtlich dürften Donnerstag wieder die ersten Dampfer ausfahren.

Ausbreitungen in Chemnitz und Wida. In Chemnitz ist es zu Ausbreitungen gekommen. Eine lausenbüßige Menge ergoß sich in einer Niederlage den Verkauf von 175 Zentnern Margarine zum Preise von 8000 Mark das Pfund. Die Polizei, die anrückte, wurde zum Abmarsch gezwungen. In Wida haben außerordentlich große Kundgebungen stattgefunden, die von den Kommunisten als Warnung in zwölfter Stunde bezeichnet werden.

Sachen gegen die Reichsregierung. Die sächsische Regierung legt den Reichsregierung gegen die Reichsregierung mit einer neuen Erklärung Dr. Beigners fort. Diese richtet gegen ihre Vorgängerinnen noch besonders durch einen derart schroffen Ton ab, daß man sich des Gedankens nicht erwehren kann, Beigner selbst bewußt auf Cunos Sturz hin. Dem Kanzler wird vorgeworfen, daß er heute Maßregeln ergreift, die er früher, als die sächsische Regierung fortgesetzt in Wirtschafts-, Ernährungs- und sonstigen innerpolitischen Fragen auf das Reichskabinett einzuwirken versuchte, kategorisch abgelehnt habe. In drohendem Tone heißt es dann weiter: „Die sächsische Regierung glaubt, daß nicht durch Verlautbarungen, sondern durch Maßregeln die unbedingt notwendige Entspannung herbeigeführt werden kann. Sofern die Reichsregierung aber, von anderer Auffassung ausgehend, die sächsische Regierung in eine Lage bringt, die dieser nicht erlaubt, zu schweigen, ist die sächsische Regierung bereit, nicht nur zahlreiche Dokumente im Wortlaut zu veröffentlichen, sondern auch vor der Öffentlichkeit darzulegen, daß ihrerseits alles getan wurde, um durchgreifende Maßregeln der Reichsregierung auf wirtschaftspolitischen, steuerpolitischen, ernährungspolitischen und anderen Gebieten herbeizuführen.“

Die Verlobung ihrer einzigen Tochter
mit Herrn
Hermann Strodtmann
geben wir hiermit bekannt.
Emil Seimert u. Frau.
Tarnowo, im August 1923.

Anna Seimert
Hermann Strodtmann
Verlobte.
Tarnowo, im August 1923.

Wir suchen antiquarisch zu
kaufen:
**1 Deutsch-poln.
Wörterbuch.**
Angeboten mit Preis sehen
entgegen
**Posener Buchdruckerei
u. Verlagsanstalt T. A.**
Abt. Verlagsbuchhandlg.,
Poznań,
ul. Zwierzyniecka 6.

Teatr Pałacowy, Plac Wolności 6.
Vom 6. bis 12. August:
Der Liebesgarten
(Yoshivara).
Phänomenale Tragödie aus dem Leben der Japaner
in 6 Akten.
Anfang der Vorstellungen um 4½, 6½ und 8½ Uhr.

Nachruf!
Aus blühendem Leben im Alter von 24 Jahren
wurde uns unerwartet unser guter Freund
Erich Tischler
aus unserer Mitte durch den Tod entzogen.
Er war uns allen ein lieber teurer Kamerad,
den wir nie vergessen werden.
Gewidmet von seinen
Freundinnen u. Freunden
Kronau-Lichtenselde, im August 1923.

Internationale Mustermesse zu Prag
vom 2. bis 9. September 1923
Begünstigungen:
75% Nachlaß auf Visumtaxe
33% Ermäßigung d. Bahnfahrt
Nähere Auskünfte erteilt unentgeltlich das Konsulat
der Tschechoslowakischen Republik in Poznań (Posen)
Plac Sapieżyński Nr. 8.

K. Colosseum Sw. Marcin 65.
Vom 6. bis 12. August:
Tragische Nächte
Sensationelles Abenteuerdrama aus dem
Leben der Meeresschmuggler
in 6 Akten.
Bezugnehmend auf die Bekanntmachung meines
Mitinhabers **A. Brunk** aus **Kowanówko** von der Firma
Brunk & Solarek mlyn Kowanówko
bringe ich zur Kenntnis, daß die Auflösung der Firma
nur mit meiner Genehmigung oder durch richter-
lichen Entscheid erfolgen kann.
Für Geschäfte, die Herr Brunk ohne meine Zu-
stimmung erledigt, komme ich nicht auf.
E. Solarek, Kowanówko.

Alle
landw. Maschinen,
Geräte,
Bedarfsartikel,
Reserve- u. Pflugteile,
Drahtnägel,
Huf-Eisen,
Nägels
liefert sofort ab Lager
Woldemar Günter,
Landw. Maschinen u. Bedarfsartikel,
Fette und Öle,
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego Nr. 6.
Telephon 52-25.

Below-Knothefches Lyzeum
Poznań, Wąły Jana III, Nr. 4.
Schulbeginn am 1. September 3/4 9 Uhr,
für Fernanfänger erst um 10 Uhr.
Aufnahmeprüfung um 11 Uhr.
Anmeldungen schriftlich oder mündlich im Schulhause.
Für die 3 ersten Schuljahre werden auch Kinder aufgenommen.
Oberlehrerin **G. Schiffer**, Direktorin.

Erstklassiges Wein- u. Spirituosen-Versandhaus
NYKA & POSŁUSZNY
Telephon 1194 Poznań Wrocławska 33/34
Vereidigte Meßweinlieferanten
(vinum consecrabile)
fachmännische, gewissenhafte und
zufriedenstellende Bedienung.

**1½ Mrg. Garten
m. 2 Wohnhäusern**
in Westfalen zu verkaufen
nach Polen. Zu erfragen bei
Anton Ignaszewski in
Borkowice b. Wosina, pow.
Srem. (8525)

Motorrad
J. N., 1 Bbl., 3½ P. S.,
sehr preiswert zu verkaufen.
Otto Hinz, Geschäftsführer,
Wabrzeźno, Pomorze.
(Briefener Zeitung). (8522)

**Seal-
Gehpelz**
mit Schalkragen, schwarz, für
6½ Mill. Mark zu verkaufen.
„**Regus**“, **Gwarna 14.**

Kirchennachrichten.
Kreuzkirche. Sonntag,
10: Gd. Grellich.
St. Petrikirche. (Evangel.
Unitätsgemeinde.) Sonna-
abend, 8: Wochenabschluss-
gottesdienst. Gaensisch.
Sonntag, 10: Gottesd.
Derf. — 11½, Kindergd. Derf.
— Mittwoch, 6: Bibel-
besprechung. Derf. — Amts-
woche: Derf.
St. Paulikirche. Sonna-
tag, 10: Gd. D. Staemmler.
— Mittwoch, 8: Bibel-
stunde. Derf. — Amtswoche:
Derf.
Ev. luth. Kirche, ulica
Ogrodowa 6 (früh. Gartenstr.)
Sonntag, 9½: Predigt-
gottesdienst. Hoffmann. —
11: Rgd. Derf.
Christuskirche. Sonna-
tag, 10: Gottesd. Rhobe.
St. Matthäi-Kirche. Sonna-
tag, 10: Gd. Brummack. —
Dienstag, 8: Kirchenchor.
Mittwoch, 10: Missions-
festgottesdienst für die Stadt-
gemeinden unter Teilnahme
des Kirchen- und Posaunen-
chors. — Freitag, 8:
Bibelfest. — Wochentags: 7½:
Morgenandacht.
Sassenheim. Sonntag
4: Gd. — 5: Sitzung.
Ev. Verein junger Männer.
Sonntag, 8: Vorträge.
— Montag, 8: Blasen.
— Mittwoch, 7½: Be-
sprechungsabend. — 9: Bibel-
stunde. — Donnerstag, 8:
Blasen. — Sonnabend,
7½: Stenographie. — Mitt-
woch, 10: Missionsfest in
der St. Matthäikirche.
Kapelle der Diakonissen-
Anstalt. Sonabend, 8:
Wochenabschlussgottesd. Sarowy
— Sonntag, 10: Gottes-
dienst. Derf.
Christliche Gemeinshaft
(im Gemeindeaal d. Christus-
kirche ul. Matejki). Sonna-
tag, 6: Jugendbundstunde
G. C. — 7½: Evangelisation.
— Freitag, 7½: Bibel-
besprechungsstunde. — Jeder-
man herzlich eingeladen.

Kartoffelgraber
„Progress“ „Fünftab“
vereinigt alle Vorzüge
bewährter Systeme
und ergänzt dieselben
durch wertvolle Patente
Kuhl & Lippitz.

Neu! Verstellbarkeit der Wurfweite während
des Betriebes!
M Verlangen Sie Prospekte von
Ihrem Maschinenlieferanten!

Verkaufe gebrauchten, in sehr
gutem Zustand befindlichen
kompletten 16pferdigen
Dampfplugs
System Fowler. (8469)
Ernst Vogel, Rittergutsbes., Welnica bei
Gniezno.
Telephon 240.

Dom. Lubina Mała pow. Jarocin
hat einen gutenhaltenen
Motorplugs (Stock)
und ein Billard abzugeben.
National-Registrierkasse
zu verkaufen.
Offert. unt. **J. 8506** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeiden

Pappdächer - Ziegeldächer
werden gefertigt, repariert u. erneuert, unter
meiner Aufsicht und Garantie.
Beste gereinigte Steinkohlenteere,
Altebemaße, Dachpappen,
Pappnägels, Dachspließen, Kalk,
Zement pp. auf Bauplatzlagern Opalenica.
Leihweise Abgabe von kompl. Teergeräten
Kostenanschläge auf Wunsch.
Karl Meisel, Baumeister, Opalenica.
Telephon 17 u. 17 a.

Ausschneiden! **Ausschneiden!**
Postbestellung.
An das Postamt
in
Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat August 1923
Name
Wohnort
Postansalt
Strasse

Autopneus
in nur erstklassigen Fabrikaten offeriert
trotz dauernder Preiserhöhung
welt unter Konkurrenzpreisen
Brzeskiauto T. A. Poznań
ul. Skarbowska 20. Tel. 4121 u. 3417.

Habe sehr preiswert abzugeben:
 jungen
 Zucht-
 bullen
Der schwarzbunten Niederungsrasse,
besonders kräftig, 1¼ Jahr alt, 9½ Ztr.
schwer von Melchert I Nr. 1871.
M. Lorenz, Surowo, Kościan.

Suche für zahlungsunfähige
Käufer
Landwirtschaften
und Güter
bis zu 3000 Morgen.
Büro
Komisowo-Handlowe
Szymon Białziel, Szamotyły.

F. V. LOCHOW'S
Original-Saatgut

Metalle
Kupfer, Rotguss, Messing,
Zinn, Blei etc. kaufen ein und
zahlen die höchst. Tagespreise.
J. Dziabaszewski i Ska.,
Maschinenfabrik,
Poznań, Przemysłowa 35.

Original F. v. Lochow's
Winterroggen
wird im kommenden Herbst ab
Bosenschen und Sommererleschen
Anbauaktionen geliefert.
Zufriede zum Selbstkostenpreis
Bestellungen erbeiden an
F. v. Lochow Petkus'sche
Saatgetreidehandels-gesellschaft
T. z. o. p.
ul. Długa, ul. Wrocławska 3.

Liebhaber!
4 Paar Rehgeweide
billig zu verkaufen ul. Pie-
tary 20/21, 20h II. Etg.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 10. August.

Einkommensteuer.

In politischen Blättern veröffentlicht die großpolnische Finanzkammer eine Tabelle über die Sätze der im dritten Quartal des Kalenderjahres 1923 fälligen Einkommensteuer. Die Steuer wird durch die Arbeitgeber von den Dienstgehalteten, Emmerenten und Löhnen in Abzug gebracht werden. Die Skala, nach der dies geschehen soll, ist folgende:

Stf. Nr.	Jahreseinkommen in 1000 Mtp.		Prozent
	mehr als	bis	
1	15,120	20,160	1.1 %
2	20,160	25,200	1.4 %
3	25,200	30,240	1.7 %
4	30,240	35,280	2.0 %
5	35,280	40,320	2.5 %
6	40,320	45,360	3.0 %
7	45,360	50,400	3.5 %
8	50,400	55,440	4.0 %
9	55,440	60,480	4.5 %
10	60,480	65,520	5.0 %
11	65,520	70,560	5.5 %
12	70,560	75,600	6.0 %
13	75,600	80,640	6.5 %
14	80,640	85,680	7.0 %
15	85,680	90,720	7.5 %
16	90,720	95,760	8.0 %
17	95,760	100,800	8.5 %
18	100,800	105,840	9.0 %
19	105,840	110,880	9.5 %
20	110,880	115,920	10.0 %
21	115,920	120,960	10.5 %
22	120,960	126,000	11.0 %
23	126,000	131,040	11.5 %
24	131,040	136,080	12.0 %
25	136,080	141,120	12.5 %
26	141,120	146,160	13.0 %
27	146,160	151,200	13.5 %
28	151,200	156,240	14.0 %
29	156,240	161,280	14.5 %
30	161,280	166,320	15.0 %
31	166,320	171,360	15.5 %
32	171,360	176,400	16.0 %
33	176,400	181,440	16.5 %
34	181,440	186,480	17.0 %
35	186,480	191,520	17.5 %
36	191,520	196,560	18.0 %
37	196,560	201,600	18.5 %

Ferienkinder! Landaufenthalt!

Dank der freundlichen Mithilfe unserer Landbesitzer, Pastoren, Lehrer, der evangelischen Frauenhilfe und vieler gütiger Geber in Stadt und Land ist es uns gelungen, am 30. Juni und am 2. Juli 220 Ferienkinder der deutschen Volksschule in Posen aufs Land hinauszufenden.

Weider konnten nicht alle herzlichen Einladungen berücksichtigt werden, weil viele zu spät kamen. Wir danken aber trotzdem für die gute Absicht und bitten, im nächsten Jahre darauf zurückkommen zu dürfen. Ebenso liegen sich auch nicht alle Wünsche nach Güte- und Mädchen zum Warten kleiner Kinder befriedigen, während uns Pflegetellen für erholungsbedürftige größere Mädchen fehlten. Sehr leid tut es uns, daß man, einer der lieben Ferienkinder, das bei ihnen angenehme Kind an diesen beiden Tagen wohl vergeblich erwartet hat. Die betreffenden Kinder waren nicht zur bestimmten Zeit auf dem Bahnhofe, und eine rechtzeitige Benachrichtigung war darum nicht möglich.

In der Hoffnung, daß Pflegeeltern und Pflegetöchter gegenseitig Gefallen aneinander gefunden haben, und in dem innigen Wunsch, daß der warme Sonnenschein von außen dieses Werk warmer Liebe unterstützen möge, danken wir allen für alle Freundlichkeit, die sie an unseren Schulkinder getan haben.

Die deutsche Volksschule in Posen.

In eigener Sache.

„Steter Tropfen höhlt den Stein“.

so denken unsere „Freunde“ und handeln danach.

Wir erinnern:

Vor kurzem starb hier eine prominente Persönlichkeit, die zahlreichen, großen wirtschaftlichen Organisationen in leitender Stellung angehörte. Die Organisationen, denen auch zahlreiche Deutsche angehörten, hielten es für ihre moralische Pflicht, dem verdienten Mann einen Sammelruf zu widmen — auch im „Posener Tageblatt“. Eine solche „Eigenmächtigkeit“ dürfte natürlich nicht ungerügt bleiben: Der „Kurjer Posen“, der Diktator von Posen, stellte deshalb die Organisationen in der Öffentlichkeit an den Pranger. Das war ein Mißfall für die „Täter“. Zugleich aber sollte das eine Warnung sein für alle anderen, und da es schwache Naturen zu jeder Zeit gab und gibt, so kann der „Kurjer“ einen „Erfolg“ in seinem Sinne mit Gemugung buchen.

Heute müssen wir einen anderen Fall melden. Jemand ein anonymer Zeigling verendet an unsere Ausgabestellen, aus denen sich unsere Leser das „Posener Tageblatt“ holen. Kleine mit der Schreibmaschine hergestellte Zettel, in denen die Geschäftsinhaber aufgefordert werden, das „Posener Tageblatt“ hinauszuerwerfen. Sollte dieser niederträchtige Versuch, uns hinterläßt zu schädigen, dazu führen, daß unsere verehrten Leser auf Schwierigkeiten stoßen, bitten wir, uns dieses sofort zu melden, damit wir Rat schaffen.

Die wirtschaftlichen Räte, die sich aus den Verhältnissen ergeben, werden für uns durch den Terror und die Maulwurfsarbeit unserer „Freunde“ natürlich größer und schwieriger. Angehts dessen wenden wir uns an unsere Leser und Freunde mit der Bitte,

uns um so eifriger zu unterstützen, dadurch, daß sie uns trenn bleiben, daß sie uns immer mehr neue Leser und Freunde zuführen, und daß sie das „Posener Tageblatt“ vorkommendenfalls zur Insertion benutzen und empfehlen.

Eine wesentliche Hilfe würden uns unsere Leser auch dadurch leisten (und dies gilt besonders für die Frauenwelt), daß sie, wo es irgend möglich ist, in solchen Geschäften kaufen, die sich auch im „Posener Tageblatt“ empfehlen.

Die Geschäftsstelle des „Posener Tageblattes“.

„Schüßlinge“.

In der „Gazeta Poznanska“ macht Ofet folgende satirische Betrachtung:

„Zu den tausendfünfhundert Raketen, die unsere Republik ausmachen, kam noch eine neue Rakete.

Bunte Mützen, Schärpen, Zylinder auf der Nase, Stöckchen im Aftersitz und ... die Geste der Überlegenheit.

Die Blume des Volkes! Unser Stolz! Unsere ... Zukunft! Das jüngste Polen!

Seht auf sie hin, bis Euer Herz vergnügt wird. Welch liebliche Dreifaltigkeit. Welch angenehmer Stolz ... Welch lobenswerter Selbstbewußtsein!

„Aus dem Wegel — Ich komme! ...“ Und wie wunderbar sie hier zu trinken verstehen, welche herrliche Rieder brennen sie zu fingen, welche überausende Wiße verstehen sie zu erzählen!

Wenn die Wahlen stattfinden, wie prächtig können sie schreien: „Stimme mit Lise vierzig.“ Und wenn Du Dich auf den Kopf stellst und alle Kanonen der Überzeugung anführst. Die Lise vierzig ist dem Untergang geweiht. Es lebe die Lise fünfzig! ... und siehe, schon wandern sie dahin, die Abgeordneten der Lise fünfzig, triumphierend, zu zweien, Arm in Arm, siegesbewußt, aus dem Sejmgebäude der hohen Republik.

Und das gleiche Bild in Kultur und Kunstfragen, in den Problemen, die die Welt bewegen, in Fragen der Zivilisation, des Handels, der Industrie, der Wirtschaft.

Es ist wahr, sie selber zahlen keine Steuern, im Gegenteil, sie leben von den Steuern. Aber auch in Steuerfragen haben sie die entscheidende Stimme. Sie selbst wählen noch nicht in den Sejm, weil ihre Jugend sie davor behütet; aber sie schleifen andere zur Urne ...

Ihre Taten und Aufgaben in Posen sind unbegrenzt. Ihnen unterliegt der Magistrat, ihnen folgt die Stadtverordnetenversammlung, das Starostwo ist ihnen ergeben und alle anderen

über dem Schürzenband faltete, sicherte ihr ein wehmütiges Tränlein über das altjungerliche Gesicht — so wohl mir den beiden da war's ihr in ihrem Leben nie geworden. — — —

IX.

Gre'l und hart schien die Vormittagssonne in das Zimmer. Graf Dassel laute an einer Zigarrenspitze und blinnte gelegentlich zur Decke empor, während sich Georg Köhl's scharfes Profil von dem geöffneten Fenster abhob. Der junge Fabrikbesitzer war pikant und verbindlich wie immer, aber in seinen Bewegungen lag eine merkwürdige nervöse Hast, und die selbst hellen Augen hatten einen unruhig flackernden Glanz. „Ich wollte Ihnen schon gestern meine Aufwartung machen, Herr Graf, doch unterwegs sah ich, wie Sie gerade mit Herrn v. Redern nach Rhena fuhren, da stand ich natürlich von meinem Vorhaben ab. Darf ich fragen, wie sich Gräfin Marianne heute befindet?“

„Danke, ausgezeichnet — sie strahlt natürlich —“

„Sie strahlt? !?“

Der alte Herr schüttelte seine Podagra vor und schnitt eine fürchterliche Grimasse — Donnerwetter, da hätte er sich ja beinahe hübsch in die Kesseln gesetzt — und geistesgegenwärtig fügte er hinzu: „Na ja, das ist doch selbstverständlich, oder glauben Sie vielleicht, es sei ein Vergnügen, als Nichtschwimmer in Sachen aus einem kletternden Kahn in zehn Meter tiefes Wasser zu plumpsen?“

„Hm.“ Köhl zwupfte nervös an einem englisch verschnittenen Schnurrbart herum, „das natürlich nicht, aber“ — und nun hwiig er wieder.

Der alte Herr sah das Verhängnis kommen und hatte ein Gefühl wie der Missetäter, der von seiner Zelle aus die Errichtung des Schafotts beobachten kann. Aber ein Entzinnen gab es nicht mehr, und jede Galgenfrist verlängerte nur das Hangen und Bangen in schwebender Pein. Und richtig! Köhl räusperte sich und steckte seine offiziellste Miene auf. „Herr Graf! Es dürfte Ihnen kaum unbekannt sein, mit welchen Wünschen und bestimmten Hoffnungen ich heute hierher gekommen bin! Ich darf auch wohl annehmen, daß Gräfin Marianne, die mich ja selbst seinerzeit zu diesem Schritt

auch. Alle Fragen der Wirtschaft, die unser Teilgebiet bewegen, sind ihnen zugeteilte Fragen.

Und das ist noch gar nichts. Erst die Privatindustrie ... und wir hungerleidenden Mitteleuropäer?!

Wollen sie die Scheibe aus dem Fenster, sie erhalten die Scheibe aus dem Fenster, wollen sie eine schöne Rachel aus dem Ofen, sie erhalten eine schöne Rachel aus dem Ofen ... Aber wenn es das nur allein wäre ...

Nicht genug, daß sie uns bereits vertreten in den Fragen der öffentlichen Meinung, in den Ämtern und auch — so sagen besonders böswillige Menschen — bei unseren Frauen! — Aber ... O Kammer, jetzt greifen sie schon nach unserem Brot, nach unserem Verdienst ...

Sie haben unseren Handel und unsere Industrie monopolisiert!

Sogar die Bank Gukownicza hat letzten Jahres Herren Studenten den Kleinverkauf ihres Jutes übertragen, so berichten wenigstens die Tageszeitungen. Bisher haben die Herren Studenten die Kellner vertreten, in der Zeit, da sie keine Beschäftigung für die Riste 8 hatten, als der Betrieb mit billigen Rüben stockte, als keine bezahlten Erwidern mehr gebraucht wurden, die um Hilfe für die Gesellschaft krien, oder zu ihrer Verpflegung dienen sollten und was noch der ähnlichen Geschäfte mehr sind. Jetzt scheint ihnen auch das nicht mehr zu genügen! Ich rate dem geehrten wohlwollenden Magistrat, daß die Herren Studenten auch noch den städtischen Milchverkauf erhalten. Die Herrn Kaufleute aber möge man liquidieren, und ihre Geschäfte gebe man unter Verwaltung des hohen Rates der Univeritätsstudenten. Die Industrie möge ihre Fabriken dem weissen Auschuß ihrer Mannifiganz des hohen Studentenausschusses zur Verwaltung überlassen. Nur die Bank Gukownicza, so wie sie steht und liegt, sie möge den Herren Studenten geschenkt werden. Vielleicht wirtschaften sie etwas besser wie die Bank selbst.

Denn der Gedanke dieser Zentralisation ist nicht schlecht! Langsam wird aus unserer Universität ein „kleiner Barasch“ entstehen. Aber man kann ihnen noch mehr zur Verfügung stellen. Wie wäre es z. B., wenn sie auch noch mit Grundstücken handeln, sich mit Immobilienvermittlung befassen, ein Heiratsvermittlungsbureau betreiben und dergl. ...

Aber wozu wird dann Herr Rinde sich ernähren?!

Verlängerung des Deklarationstermines. Der Termin für die Abgabe der Deklarationen über den Umsatz für das 1. Halbjahr 1923 ist, wie die großpolnische Finanzkammer mitteilt, bis zum 15. August verlängert worden. Die Steuerzahler, die bis dahin ihren Deklarationsverpflichtungen nicht nachkommen, sehen sich empfindlichen Geldstrafen aus (100 000—300 000 M.).

Die großpolnische Finanzkammer gibt bekannt, daß die verbreitete Meinung, die Tabaksteuern dürften von den Konsumenten nur dann einen höheren Preis verlangen, wenn die Ware eine Zusatzbanderole hat, irrig ist. Die Finanzkammer fordert bei der Preis-erhöhung nicht, daß die Verpackungen mit Monopol-Zusatzbanderolen versehen werden.

X Pilger. Eine zahlreiche Pilgerchar hat sich heute früh nach Gogolowa begeben.

Die Posener Straßenbahn hat den Versuch mit dem Sonderwagen 6 05, Richtung Alter Markt—Bahnhof, zur Dauereinrichtung gemacht. Der Verkehr nach dem Bahnhof ist zwar immer noch gering; um so stärker ist er vom Bahnhof nach der Stadt, da zwischen 6 30 und 6 45 aus zwei Richtungen Züge in Posen eintreffen und die Reisenden die Straßenbahn fleißig benutzen.

X Besammlung der Straßenbahner. Die Straßenbahner hielten am Mittwoch eine Sitzung ab, in der eine Entschließung gefaßt wurde, die ein Mißtrauensvotum an den gegenwärtigen Straßenbahnerausschuß bedeutet. In der Entschließung wird Neuwahl des Arbeiterausschusses gefordert und verlangt, daß die Direktion Lohnverhandlungen mit den Berufsverbänden der Straßenbahner einleitet.

X Der deutsche Naturwissenschaftliche Verein unternimmt am kommenden Sonntag, dem 12. August d. Js., einen Ausflug nach Radzizim und in die Wälder an der Warthe. Abfahrt früh 7 05 nach Wargowo. Rückkehr abends 7 45 von Wargowo-Göhlitz. Proviant mitnehmen! Gäste willkommen. — Hinsichtlich eines am Feiertage, Mittwoch, dem 15. August, zu unternehmenden Ausfluges, ergeht noch besondere Mitteilung.

X Gehörig ausgeplündert wurde in der ul. Sniadeckich 16 (früher Herberich) die Speisekammer der Lokomotivführerfrau W a j z a. Die Eindrehen nahmen 10 Pfund Butter, 10 Pfund Schmalz, 10 Gläser eingemachtes Obst, 2 Gläser mit konserviertem Fleisch, 5 Flaschen Himbeerjast, 3 Pfund Speck und 1 Pfund Wurst mit. Der Wert der gestohlenen Sachen wird auf 1 1/2 Mill. angegeben.

X Diebstähle. Aus der ul. Koscielna 59 wurde ein eiserner Ofen entwendet — Einer Eisenbahnerfrau in der ul. Sniadeckich 14 wurden aus der Wabellube Blusen, Kinderwäsche und Kleidchen, ein Paar englische Schnürschuhe, neubekocht und beschlagen, und 4 rot

ermutigt hat, auf meinen Besuch vorbereitet ist. Um so befreudlicher ist es mir, daß Sie mir mit keinem Wort entgegenkommen, daß die Komtesse, die doch von meinem Hiessein unterrichtet sein muß, unsichtbar bleibt, und Sie werden es mir nicht verdenken, wenn ich nun ohne Umschweife gerade auf mein Ziel losgehe!

Der Graf hatte gottergeben die Hände über der Decke gefaltet und dachte nur: „Herrgott, hat der Kerl 'nen Sprechmechanismus, gerade wie der Pastor Egner!“ Wer Köhl, der nun einmal so schön im Zuge war, fuhr unentwegt fort: „Es ist jetzt nicht die Stunde, davon zu reden, daß damals ohne mein Eingreifen, meine Hilfe Maniz längst der Substation verfallen wäre, und ich will auch nicht darauf hinweisen, daß es noch heute in meiner Hand liegt, Ihnen und der Gräfin die Heimat, an der Sie hängen, zu erhalten. Sie wissen, daß ich Marianne liebe. Sie kennen meine Vermögensverhältnisse, meine Stellung hier im Kreise, und Sie haben mir selbst gesagt, daß ich Ihnen sympathisch bin. Herr Graf, ich habe die Ehre, Sie um die Hand Ihrer Tochter zu bitten!“

Mit der Miene eines Dulders hatte der Graf Dassel die Gnade über sich ergehen lassen, nun aber, wo es kein Ausweichen mehr gab, blieb nur eins: sich mit Humor — und wenn's auch bloß eine Art Galgenhumor war — der Situation gewachsen zu zeigen. „Lieber Herr Köhl,“ die Stimme des alten Herrn hatte einen beinahe herzlichen Klang, „meine Tochter und ich wissen natürlich die Ehre Ihres Antrages zu schätzen, aber — hm —“ nun stockte er doch, „Sie kommen leider zu spät!“

Herrn Georg Köhl blieb vor ratlossem Staunen der Mund offen stehen. „Zu — zu — zu — spät?“ stotterte er.

„Ja.“ Graf Eberhard fühlte, daß er Oberwasser hatte und beehrte sich diesen Vorteil nach Kräften auszunutzen: „Vor genau vierundzwanzig Stunden hat sich mein Mädels mit Herrn v. Redern verlobt, sollte Ihnen Sanitätsrat Lohmeier wirklich keine Andeutung gemacht haben?“

(Fortsetzung folgt.)

Amerikanisches Copyright 1922 by Lit. Bur. M. Rinde, Dresden-21.

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(42. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Gott sei Lob und Dank!“ Der alte Herr, der seine Sorge noch immer nicht ganz losgeworden war, stapfte schwerfällig ins Haus. „Darf ich denn das Mädels sehen?“

„Selbstverständlich, die Gräfin ist sogar schon wieder aufgestanden und hat einstweilen bei Frau Bendlers Wäsche- und Kleiderschrank eine Anleihe gemacht.“

Graf Dassel lachte. „So ein Leichtsin! Wer das sieht der Annemieze ähnlich und — Herrgott ja — beinahe hätte ich's vergessen — Herr Sanitätsrat!“ — der alte Herr legte seine Hand auf Hassos Schulter: „Darf ich Ihnen meinen Schwiegersohn in spe vorstellen?“

„Nein, aber so was!“ Dr. Lohmeier schüttelte Redern die Hand: „Meinen allerherzlichsten Glückwunsch zu Ihrer Verlobung sowohl, wie zu der mutigen Rettungstat — aber ich dachte mir schon so etwas, denn die Komtesse fragte immer wieder, ob Sie denn noch nicht bald zurückkehrten — Sie haben sich Ihr Glück wirklich ehrlich verdient!“

Hasso lachte. „Machen Sie mich bloß nicht eitel, sonst glaube ich am Ende selbst, daß ich wunder weiß was vollbracht habe, und dabei war die Geschichte für einen leidlichen Schwimmer gar nicht der Rede wert.“

„Na, na —“ Der Sanitätsrat wollte noch etwas entgegen, doch in diesem Augenblick wurde am Ende des Flurs eine Tür geöffnet, und Marianne flog, in einem Atem lachend und weinend, dem alten Herrn an den Hals. „Väterchen, liebes, liebes Väterchen!“

„Mädels! — Mein Sonnenschein!“ Aber dann hob Graf Eberhard seine Tochter Redern in die Arme, und während sich Dr. Lohmeier distret abwandte, fanden sich die Lippen der beiden jungen glücklichen Menschenkinder in einem langen, heißen Kuß.

In der Tür zu dem Fremdenzimmer stand Frau Johanna Bendler, und während sie andächtig und gerührt die Hände

Handel und Wirtschaft.

Handel.

Der Petersburger Handel mit England und Deutschland. In der vorjährigen Ausfuhr nach England und Deutschland...

Wirtschaft.

Die wirtschaftliche Annäherung zwischen Polen und Lettland. Die durch die litauische Tarifpolitik für den Warentransport...

Die Produktion von Superphosphat in Südbanien. In der Hauptstadt von den Gebieten „Danica“, „Jorla“ und „Danica“...

Von den Banken.

Zwei neue polnische Banken sind kürzlich gegründet worden. Die eine ist die Union-Bank in Warschau, welche die Filiale der Wiener Union-Bank in Lemberg übernommen hat...

Die Dresdener Bank. In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 200 Proz. festgesetzt. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Kurt Glogowski-Berlin...

Bezugsrechte.

20. August. Aktiengesellschaft „Sutowski Stör“ in Posen (A. Gm. 10000 Stk. zu 1000 M., 8700 Stk. zu 5000 M. und 2000 Stk. zu 10000 M. nom.).

Von den Aktiengesellschaften.

Bedingungen für Neuemissionen von Aktien. Im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Aktiengesellschaft über die Beschaffung neuer Emissionen durch Aktiengesellschaftsvorstände...

gestohlene Handbücher gestohlen. — Aus einer Tischlerwerkstatt in der ul. Szw. Marcia 4 wurden Bestände...

* Festgenommen wurden 11 Prostituierte, 6 Betrunkene, ein Taschendieb und mehrere Diebstahls.

* Zabłotów, 9. August. Der in weiten Kreisen bekannte Gastwirt Schiemer, amerikanischer Bürger, hat sein Geschäft und Anwesen verkauft und geht nach seinem Adoptiv-Vaterland zurück.

Hausjuchungen in der Provinz.

Außer in den schon genannten Orten fanden am Montag Hausjuchungen statt unter anderem in Samotul, Mierzyn, Mierzyn, Mierzyn...

* Diebstahl, 8. August. Bei der Aufklärung des Diebstahls bei Sebastian Szejewski, nicht Feldwächter größerer Bestände war, und als solcher mit dem Täter Banach auf einem beschriebenen Grundstück zusammenstieß...

* Selbstmord, 8. August. Wie wir erfahren, hat die katholische Gemeinde unter Führung der Geistlichen erneut den Antrag an die Regierung auf Überlassung der evangelischen Kirche gestellt.

* Rastaw, 8. August. Die Zwangsverwaltung des Gutes Rastaw gibt durch ihren Leiter bekannt: Die Bekanntmachung von Herrn Hermann Appelbaum in Nr. 177 der deutschen „Rastawer Zeitung“...

Aus Kongressen und Gattungen.

* Rastaw, 7. August. In Rastaw überfiel kürzlich eine Schar von Juden den dortigen Geistlichen, während er im Leibe habete, und suchte ihn zu ertränken...

Gingelandt.

(Für viele Rubel übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die vorgelegte Verantwortung.)

In den Hausjuchungen.

Hochverehrte Schriftleitung! Mit großem Interesse haben wir Ihre dankenswerte Zusammenfassung der Bestimmungen über die Hausjuchungen gelesen. Wie haben natürlich dadurch erst einen Begriff bekommen...

Antwort der Schriftleitung.

Wenn die Hausjuchung in ihrer Wohnung, wie wohl anzunehmen ist, auf Befehl des Starosty geschah (wie es des Starosty Gewohnheit ist es eines Kreis-Starosty), dann muß die Beschwerde an die Stelle gehen...

Advertisement for a bicycle repair shop: 'Bogerräder, 1 Selbstfahrer, Patentachse, für 2 u. 4 Pers., 1 u. 2 fahrig zu fahren, abzugeben. Sonnenburg, Tierarzt, Tarnow.' and 'Empfehlenswerte Zeitschriften: Die Woche, Dählitz, Belhagen-Alfing's Monatshefte, Westermann's Monatshefte, Gartenlaube, Für's Haus, Bazar, Elegante Mode, Doback's Frauen-Mode-Zeitung, Europäische Modenzeitung, Herren-Journal, Beilagen nehmen jederzeit entgegen: Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Abt. Verlagsbuchhandlg., Poznań Zwirzyna 6.'

Advertisement for a job market: 'Arbeitsmarkt. Suche zum sofortigen Antritt jünger, evgl. Gehilfen u. Cleven für größere Brennerei u. Trocknerel. Offerten unter G. B. 8517 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.' and 'Bilanzfischer. Buchhalter(in) per sofort gesucht. Emil Frühling, Poznań, Szw. Marcia 43.'

Beachtungsfassung gerechnet, von Seiten der Aktionäre keine Beschwerde einlief. Außerdem werden Beschränkungen in Betracht gezogen, wenn die neue Emission zur Bezahlung erworbenen Vermögens oder zur Abzahlung bereits aufgenommenen Schulden bestimmt ist.

Von den Märkten.

Vom polnischen Holzmarkt. In der vergangenen Woche wurden für Holzmaterialien loco Waggon Verladestation in Tausenden angeboten: Kiefern-Langholz von 16 cm am dünneren Ende 440—460, Langholz aus Nichte und Tanne 400—420 (in ganzen Längen für lokale Schneidemühlen) Kiefernflöße für den Export, glattes und grades Stammmaterial von 26 cm Durchmesser am dünneren Ende, 740 bis 780, Nichte und Tanne, Stammmaterial für den Export, 670 bis 700, bearbeitete Telegraphenstangen (Kiefer) für den Export 450 bis 460, längere unter 10 Metern Länge 380 bis 400, Grubenholz bei zufriedenstellendem Bedarf, sowohl für den Export als auch für die Inlandsgruben, schwankte zwischen 280 und 300, Tendenz steigend infolge Stabilisierung des Preises in Danzig auf 16 Schilling franco Waggon. Ausgezeichnetes Eichenholz wurde für die Ausfuhr nach dem Ausland zu 900 und 920 gesucht. Material für die inländische Streichholzindustrie wurden zu 750—770 in schlechterer Qualität angeboten. Fichtenholz für Zellulose und Holzmasse schwankte beim normalen Bedarf zwischen 300 und 330 pro Raummetre. Eichenflöße mittlerer Gattung in ganzen Längen, teilweise mit Knoten 550 bis 600 (je nach Qualität) bei großem Angebot. Glatte Stammflöße (Eichen), Tischlergattung, ohne größere Knoten, über 30 cm Mitteldurchmesser ohne Rinde, 750—800, je nach Qualität, Fournierflöße in besserer Gattung bei großem Bedarf nach Belgien, Holland und England 2100—2200. Eigene Telegraphenstangen in Normalmaßen Exportgattung, 600—620. Ulmen und Rüsterflöße 840—860, Weißbuche flöße 660—680, Birkenflöße 400—420, Pappel 440 bis 460, Horn 900—920, Erle 530—600, Esche 960—980, Nachfrage für Spezialzwecke der Industrie, nicht groß. Weizenstämme Eisenbahnschwellen aus Kiefernholz für die P. R. B. 80—82, für den Export 98 bis 100. Englische Blockflöße 180—185, bei großer Nachfrage. Gejagtes Holz: Deals und Battens (Tanne), ausgelagert und unfortiert, 1700 bis 1750, Madriers und Battens aus Nichte für die Ausfuhr nach Frankreich (unfortiert) 1800—1850, Kieferne Holzbohlen 760 bis 780, (Nichte) 720 bis 730 bei leichter Nachfrage, gewöhnliche Eichenbretter aller Ausmaße II. Klasse 800 bis 820, Brennflöße (gemischt und trocken) 2700 bis 2800 pro Waggon 10000 Kilo. Stimmung unbefriedigend, besonders auf dem Rundholzmarkt wegen der letzten Ausfuhrbeschränkungen. Tendenz steigend infolge des Sturzes der Polenmark.

Strohblech. In Warschau wurde am 7. August für 1 Kilo loco Fabrik gezahlt: Strohblech 711. 1422, 0,5 mm 29 000, 0,525 mm 28 500, 0,55 mm 28 000, 0,6 mm 27 750; 1000, 2000, 0,5 mm 30 000 Mtp.

Metalle. In Berlin wurden gezahlt für 1 Kilogramm in 1000 M. deutsch: Elektrovollwider (wire bars) 522,6 (Verbandspreis), taif. Kupfer 470—500, Hüttenweichblei 200—215, Hüttenrohzink 220 bis 250 (im freien Verkehr). Remetel 170—200, Zinn (Bant. Straits und Austral.) 1400—1500, Zinnzinn 1350—1500, Reinmetel 930—960, Antimon Regulus 200—210, Silberbarren 31 500 bis 32 500.

Antliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 10. August 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo, bei sofortiger Waggon-Lieferung.)	
Roggen, neu . . . 320 000—350 000	Hafer, alt . . . 530 000—570 000
Wintergerste . . . 250 000—270 000	Weizenkleie . . . 170 000
Bratgerste, alt . . . 250 000—280 000	Roggenkleie . . . 170 000
Roggenmehl 70% 600 000—680 000	Raps . . . 900 000—1 000 000
(inkl. Sack)	Dermennig . . . 800 000—900 000

Tendenz: ruhig.

Bemerkungen: Das Angebot in Roggen erheblicher, in Weizen bisher ungenügend. Diese Notierungen geben die in Posen gezahlten Preise an.

Posener Viehmarkt vom 10. August 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht: I. Rinder: I. Sorte 1900 000 Mark, II. Sorte 1600 000 Mark bis 1700 000 M., III. Sorte 1200 000—1300 000 M. — Rälber: I. Sorte 2600 000—2700 000 M., II. Sorte 2300 000 M., III. Schweine: I. Sorte 3200 000—3400 000 M., II. Sorte 2700 000—2800 000 M., III. Sorte 2100 000—2300 000 M. Der Auftrieb betrug: 9 Ochsen, 22 Bullen, 64 Fähe, 162 Rälber, 250 Schweine, 307 Ferkel, das Paar 630 000—680 000 M., 39 Schafe, 30 Ziegen. — Tendenz: ruhig. Der auf Mittwoch, den 15. d. Mts. entfallende Markt ist infolge des Feiertags auf den 14. d. Mts. verlegt.

Danziger Mittagskurse vom 10. August.

Die polnische Mark in Danzig . . . 1200
Der Dollar in Danzig . . . 3500 000

Warschauer Vorbörse vom 10. August.

Deutsche Mark in Warschau . . . 0,3
Dollar in Warschau . . . 237 000
Englische Pfund in Warschau . . . 1100 000
Französischer Franken in Warschau 13 700
Schweizer Franken in Warschau . . 43 000

Warschauer Börse vom 9. August.

Devisen:	
Belgien . . . 10 800	Paris . . . 13 700
London . . . 1150 000—1100 000	Brüg . . . 7050—8 990
Neuport . . . 240 000—237 500	Schweiz . . . 43 500
Berlin und Danzig . . . 0,5—0,4	Wien . . . 3,40

Hauptgeschäftsführung: Dr. Wilhelm Boewenthal. Verantwortlich: für Posen und Ostpreußen: Dr. Wilhelm Boewenthal; für den übrigen polnischen Teil: Dr. Martin Reiter; für Stadt und Land: Dr. Robert Sura; für Danzig und Westpreußen: Robert Sura; für den übrigen polnischen Teil: Dr. Sura; für die in der Angelegenheit: Dr. Sura; in a. n. — Druck und Verlag: der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Advertisement for a job market: 'Wirtschafts-Inspektor. mit guten Zeugnissen und Referenzen. 39 Jahre alt, kath., verheiratet, deutsch und polnisch in Wort und Schrift, mit langer und vielfältiger Praxis. Abso. 1. Oktober 1923 passende Stellung. Gef. Ang. erb. F. Gabzdyl, Sowiny p. Pojanowo, pow. Rawicz.' and 'Lampenschirme und Teapuppen werden angefertigt bei Lewinsohn b. Uirich, Poznań, ul. Dąbrowskiego 86 I. r.'